

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werttages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 17.—22. Sept. 4500000 M., restlos. Einzelverkaufspreis 750000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 220.

Donnerstag, 20. September 1923.

30. Jahrgang.

Zwischenlösung.

Der Soziald. Parlamentsdienst schreibt:

Durch die angekündigte Währungsreform will das Kabinett Stresemann-Hilferding die ins Stocken geratene Warezirkulation wieder normal gestalten und den öffentlichen Haushalt wieder in Ordnung bringen. Der ersten Aufgabe soll die durch Devisen und Gold gedeckte Note der Reichsbank dienen, die infolge der kurzen Decke leider auf kleine Kreise beschränkt werden muß. Der zweiten Aufgabe dient die sogenannte Währungsnote, durch die die Fundierung der schwelenden Schuld vorgenommen werden soll. Weiterhin bietet die Note der Währungsbank dem Staate die Möglichkeit zu einer Markkursregulierung, so daß die Stabilisierung der Papiermark infolge ihrer Kontingentierung möglicher als bisher erscheint.

Die Regierung steht vor einer Riesenaufgabe. Man kann ruhig sagen, daß noch kein Kabinett in der deutschen Republik einen so schwerwiegenden und weitreichenden Entschluß fassen mußte, wie das Kabinett Stresemann-Hilferding. Wir sind aber davon überzeugt, daß die Lösung dieser gigantischen Aufgabe nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist, denn die jetzt durchzuführende Zwischenlösung wird automatisch in eine endgültige übergehen müssen. Es handelt sich eben nicht um eine Stabilisierung der alten Papiermark, sondern um die Schaffung einer neuen Währung. Diese kann nur die Währung mit Golddevisendeckung sein, weil der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft die Restzahlungen an andere politische Oekonomen in Gold bzw. unsichtbarem Gold, d. h. in Devisen entrichten muß. Für die endgültige Reform werden aber die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz dieselbe Bedeutung haben, wie der Staatshaushalt für die Zwischenlösung. Die glückliche Lösung der Währungsreform hängt vom Staatshaushalt, die der endgültigen Reform von der zukünftigen Gestaltung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz ab.

Man hat in letzter Zeit oft über den tatsächlichen Stand der deutschen Handelsbilanz gestritten. Für den speziellen Fall der endgültigen Währungsreform ist die wirkliche Höhe der Ein- und Ausfuhr nicht von ausschlaggebender Bedeutung, weil die sichtbare Ein- und Ausfuhr, die sogenannte Handelsbilanz, in der höheren Gattung, der unsichtbaren, der Zahlungsbilanz aufgeht. Diese ist ganz bestimmt infolge der Reparationsverpflichtungen ungünstig und hat die Papiermarkwährung in erster Linie mit unter Kursdruck gehalten. Der Zerfall der Rupienwährung in Indien unter dem Einfluß der englischen Reparationsforderungen, der sogenannten Home Charges, ist geradezu ein klassisches Beispiel für die zerrüttende Wirkung überlegter Kriegsschuldungen auf die Währung eines Landes. Ein Land, das an den Weltmarkt dauernd Restzahlungen zu entrichten hat, muß immer wieder das Gold und die Devisen angreifen, wenn es sich seiner Verpflichtungen erledigt, die seiner Währung als Decke zur Verfügung stehen. Die Wirtschaft kann sich eben im Nehmen und Geben gegenüber den anderen Volkswirtschaften nicht ausgleichen. Sie gerät in Verschuldung und verliert das Vertrauen, den Kredit. Das Minus in der Zahlungsbilanz muß unbedingt ausgeglichen werden, wenn der Wechselkurs des Landes nicht Schwankungen großen Stils unterliegen soll. Das kann aber nur durch Kapitaleinfuhr geschehen. Wir müssen uns also auf dem Weltmarkt Kapital borgen, um unsere Zahlungsbilanz einem Ausgleich näherzubringen.

Die notwendige wirtschaftliche Verständigung mit unserem Reparationskontrahenten wird an- und für sich Kapital in unsere deutsche Wirtschaft bringen. Zu bezweifeln ist, ob das Geld in den in Frage kommenden Ländern, besonders in Frankreich, so flüssig ist, um den ungeheuren deutschen Bedarf zu befriedigen. Vor allen Dingen ist uns und unserer Wirtschaft mit der einmaligen Erwerbung von mehr oder weniger größeren Aktienpaketen der westdeutschen Erwerbsgesellschaften absolut nicht geholfen. Soll die Wirtschaft im besten volkswirtschaftlichen Sinne wieder rentabel werden, so müssen dauernde Zufuhren an Kapital erfolgen, die zuguterletzt nur der gesamte internationale Geldmarkt leisten können. Er dürfte es nur tun, wenn die Beherrscher des internationalen Goldstromes zu Deutschland Vertrauen gewinnen. Das Vertrauen wird sich aber nur einstellen, wenn die Inflation aufhört und die Notenpresse wirklich stillsteht. Man muß draußen an unseren Ausweisen sehen, daß mit den Geldschöpfungen in Deutschland auf Grund der Staatsverschuldung Schluß gemacht worden ist und daß sich die Fundierung unserer schwelenden Schuld vollzieht. Das Kabinett Stresemann-Hilferding hat sich daran gemacht, diese Voraussetzung zu schaffen. Aus eigener Kraft soll der Staatshaushalt gereinigt und die Inflationsperiode überwunden werden. Gelingt ihm das, dann kann es auf internationale Hilfe hoffen und zur Goldwährung kommen.

Wenn Staat und Wirtschaft internationale Anleihen erhalten, wodurch die Zahlungsbilanz günstiger gestaltet und die definitive Währungsreform gefördert wird, stundet uns das Ausland im Grunde genommen Warenausfuhr. Denn die Zurückzahlung kann nur in Waren, also durch den Er-

halt zu zeigen haben, ob sie eine feste Brücke zu einer stabilen Währung, zum ehrlichen Geld, sein kann. Die an sie zu stellende Aufgabe ist nicht leicht. Der deutsche Export hat gegen eine Unsumme hindernder und wirtschaftlicher Klaukeln aus dem Versailler Vertrag und gegen die diese ergänzenden Antidumpingzölle anzukämpfen, die in dem Moment unsinnig geworden sind, in dem Deutschland keinen Schleudereport mehr treiben kann. Das deutsche Dumping ist zu Ende. Der Augenblick ist gekommen, wo rationelles Arbeiten, Anspannen unserer Technik und peinlichste Preiskalkulation das Gebot der Stunde sind, wenn wir nicht untergehen wollen.

In den nächsten Tagen werden wir das schwierige Problem der neuen Währung ausführlich behandeln. Wir befürchten, daß die neue Währung sehr bald das Schicksal der alten teilen wird, wenn nicht wesentliche Voraussetzungen einer stabilen Währung erfüllt werden.

Teuerung und Arbeitslosigkeit.

Die blutigen Ereignisse in Sorau und die Entwicklung der Teuerungsfreie in einem Teile Badens und Hessens sind typisch für die Auswirkung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Währungsnot. Das Mißverhältnis zwischen Teuerung und Einkommen, vor allem auch die vielfach unbegründeten Stilllegungen der Betriebe, die Tausende brotlos machen, bringen die Bevölkerung in eine verzweifelte Stimmung, die dann von kommunistischen und syndikalistischen Hechern zu Verzweiflungstaten ausgeleitet wird. Sehr ernst ist die Lage im badischen Schwarzwald und Hessen. In zahlreichen Industrieorten des Wiesentals ist es zu Arbeitsniederlegungen gekommen. In Schoppsheim wurde der Generalkrieg erklärt, in Lörach kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Schupo. Eine wesentliche Besserung der Verhältnisse war trotz des am Dienstag verhängten Belagerungszustandes in den Unruhegebieten am Mittwoch noch nicht zu verzeichnen.

Sehr bedenklich gestaltete sich die Bewegung auch im Bezirk Darmstadt, wo die Arbeiterschaft infolge der Besetzung zum Teil arbeitslos ist. In Groß-Gerau stürmten in den letzten Tagen Arbeitslose unter Führung von Kommunisten das Kreisamt und richteten eine provisorische Regierung mit Polizei ein. Die Panik in der Bevölkerung ist allgemein, da die Syndikalisten der Umgegend den Kommunisten die Macht streitig machen. Man erwartet blutige Zusammenstöße zwischen den beiden extremen Richtungen.

Aus den Vorkommnissen der letzten Tage muß die Reichsregierung Schlussfolgerungen in bezug auf ihre innere Politik ziehen. Sie dürfte ebenso wie wir davon überzeugt sein, daß sie durch die wirtschaftlichen Mißverhältnisse verursachten Komplikationen auf die Dauer nicht durch Schupo aus der Welt geschafft werden können. Die am Mittwoch veröffentlichten Forderungen des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion weisen ihr einen vorläufigen Ausweg aus der Gefahrenatmosphäre. Es muß mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß die unbegründeten Betriebsstilllegungen, die die Arbeitslosigkeit vermehren, unterbleiben, die Lebensmittelversorgung sichergestellt wird und man der Arbeiterschaft nun auch den Lohn gibt, der zum Leben notwendig ist.

Druck auf die Börse.

Starke Abschwächung am Effektenmarkt.

Berlin, 19. September.

Die Börse stand heute im Zeichen eines scharfen Tendenzumschwunges. Die überaus schwierige Geldmarktlage, die den Großbanken weitgehendste Kreditbeschränkungen nahegelegt hat, übt einen ungewöhnlich starken Druck auf die gesamten Kurse aus. Die Nachfrage nach Geld ist außerordentlich stark. Man zahlt bei erklässigen Unterlagen 4—6 Prozent, in einzelnen dringenden Fällen wurden sogar 10 Prozent verlangt und gezahlt. Neben dieser Geldkrise bilden aber die angekündigten währungspolitischen Maßnahmen für die Spekulation ein sehr wichtiges Baismotiv. Man rechnet nunmehr bestimmt damit, daß durch die Schaffung einer wertbeständigen Währung der seit Jahr und Tag andauernden Börsenstau und der allgemeinen Spekulationsmut ein Ende bereitet wird.

Die heutige starke Abschwächung am Effektenmarkt gilt als erstes Symptom der langsamen Stabilisierung und Devaluationskrise. Besonders heftig betroffen wurden die sogenannten schweren Papiere, deren Kurse größtenteils halbiert waren. Am Devisenmarkt vollzieht sich die Steigerung ebenfalls unter dem Drucke der Geldknappheit in etwas langsamem Tempo. Es kommt von verschiedenen Seiten ein Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln heraus, außerdem dauern die Interdenierungsverkäufe in direktem Auftrage des Reichsfinanzministeriums an. Der Dollark wurde heute in der ersten Börsenstunde mit 160 bis 170 Millionen, das englische Pfund mit 800 Millionen gehandelt.

Kurs vom 20. September:

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstündige Wertzeitung oder deren Raum 1800000 Mark, auswärtige Grundpreis 180 mal Schlüsselszahl, in Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungszwecken 1500000 Mark, für Reklamen 7200000 Mark.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Telefon 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Poincares Ärger.

England und Belgien werden ungeduldig.

Der französische Ministerpräsident hat bekanntlich am Sonntag eine Rede gehalten, die in Deutschland Enttäuschungen hervorrief, nachdem sich die Pariser Presse im Verlauf der vergangenen Woche, wenn auch nicht optimistisch, so doch immerhin zuversichtlich über Verständigungsmöglichkeiten aus Anlaß der Rede des Reichskanzlers und des von der Reichsregierung mit der französischen Botschaft in Berlin eingeleiteten Gedanken-austausches, äußerte. Die plötzliche Unversöhnlichkeit Poincares erfuhr ihren Höhepunkt in einem am Dienstagabend vom Pariser „Temps“ veröffentlichten offiziellen Artikel, der der Reichsregierung, insbesondere dem Reichskanzler gegenüber offen das Mißtrauen Frankreichs zum Ausdruck brachte. Inzwischen haben sich die Ursachen dieses Stimmungsumschwunges innerhalb der französischen Regierung und der französischen Öffentlichkeit aufgeklärt. Sie dürften in einem geforderten Schritt des englischen und belgischen Botschafters in Paris zu sehen sein, die beide im Auftrag ihrer Regierungen im Verlauf der vergangenen Woche auf Poincare einzuwirken versuchten, eine Verständigung mit Deutschland nicht durch Forderungen zu erschweren, die beim besten Willen unerfüllbar sind. Der französische Ministerpräsident scheint diese Demarche auf den Einfluß der deutschen Regierung zurückzuführen. In Wirklichkeit aber hat die Reichsregierung den Schritt der englischen und belgischen Regierung nicht nur nicht veranlaßt, sondern auch mehrere Tage, nachdem er bereits erfolgt war, nicht einmal Kenntnis von ihm gehabt.

Damit erweist sich der Stimmungsumschwung in der Auffassung der französischen Regierung als unbegründet. Ebenso ungerechtfertigt aber sind auch die Behauptungen in dem bereits angeführten Artikel des „Temps“, der u. a. die Garantievorschläge des Kabinetts als nicht genügend sorgfältig bezeichnet. Bereits aus der Stuttgarter Rede des Reichskanzlers ging hervor, daß die Pläne der Regierung, die auf eine Erfassung der Sachwerte hinauslaufen, gesetzgeberisch festgelegt werden sollen. Die Vorarbeiten hierzu sind erledigt, sodas also der französischen Regierung jederzeit Gelegenheit gegeben werden konnte, in die Gesetzgebungs-Einblick zu nehmen, wenn sie einen entsprechenden Wunsch geäußert hätte. Das ist nicht geschehen und wir betrachten daher den Vorwurf des „Temps“ als reichlich leistungsfähig.

Die Reichsregierung steht nach wie vor zu ihren Plänen und Absichten. Ihr Ziel ist durch große und schnelle Opfer die baldige Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Sie knüpft an ihre Opferbereitschaft keine großen Bedingungen. Sie akzeptiert die französische Forderung auf Räumung des Ruhrgebietes mit Beginn der Zahlungen, aber was sie als Voraussetzung zu einem auch für Deutschland erträglichen Ende des jetzigen Zustandes im Ruhrgebiet betrachtet, ist die Rückkehr der Ausgewiesenen.

Die Konferenz Baldwin-Poincare.

London, 19. September.

Die heutige Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten in Paris ist, wie hier bestätigt wird, auf eine Einladung Poincares zurückzuführen, die Baldwin annahm. Die Unterredungen werden streng geheim sein und im Beisein nur eines Dolmetschers stattfinden. In London heißt es, daß in Paris wohlfeinlich die deutschen Vorschläge geprüft und die Adressfrage besprochen werden. Falls Poincare unachgiebig bleibe, werde Baldwin erklären, daß die zukünftige auswärtige Politik Großbritanniens auf der Reichskonferenz im Oktober festgelegt werden würde.

Gemeindevahlen in der Tschechoslowakei.

Prag, 18. September.

Am letzten Sonntag haben in mehr als 9000 Gemeinden die neuen Wahlen zu den Gemeindevereinigungen stattgefunden. Soweit sich die bisher vorliegenden Resultate übersehen lassen, ist eine merkliche Verschiebung zugunsten der nationalen Parteien, sowohl bei den deutschen wie bei den den Staat beherrschenden tschechischen Parteien zu beobachten. Diese Verschiebung ist auch auf Kosten der sozialistischen Parteien erfolgt. In einer Reihe von Gemeinden haben die deutschen Sozialdemokraten zum ersten Male Mandate erobert, in vielen anderen Gemeinden konnten sie ihre Mandatziffern erhöhen, in wieder anderen Gemeinden aber haben sie Verluste erlitten. Schwer gerührt hat sich an der gesamten Arbeiterbewegung die Agitation der Kommunisten, die in einer planmäßigen Diskreditierung der sozialistischen Tätigkeit bestand und dadurch dem Bürgerum in die Hände arbeitete. Ein Schulbeispiel bietet die kommunistische Hochburg Reichenberg. Bisher waren dort 15 sozialistische Gemeindevereiner. Jetzt haben beide Arbeiterparteien 9 Mandate erzielt, davon erhalten 6 die Kommunisten und 3 die Sozialdemokraten. Die restlichen 6 fallen an die Großbürgerlichen und Sozialdemokraten. Auch im Reichenberger und Gablonzer Industriebezirk, in dem Haupttätigkeitsgebiet der Kommunisten, haben die bürgerlichen Parteien auf Kosten der Arbeiterparteien Mandate errungen.

Die tschechischen Sozialisten haben besser abgesehen als befürchtet worden war. Im allgemeinen haben sie ihren Bestandsstand erhalten. In Prag sind die Kommunisten doppelt so stark als die Sozialdemokraten. In der Provinz dagegen konnten die Kommunisten den tschechischen Sozialdemokraten nicht viel anhaben. Auch in der Slowakei ist es den Kommunisten nicht gelungen, besondere Vorteile zu erzielen.

Räumung Korfu.

U. London, den 20. September.

Der italienische Generalkonsul in Korfu hat dem dortigen britischen Generalkonsul mitgeteilt, daß sich die italienischen Truppen vorbereiten, die Räumung der Insel am 27. September zu beginnen. Der italienische Konsul erklärte, daß die Munition bereits verladen wird, und daß die Landungsplätze geräumt

Die Regierungstrife in Thüringen.

Auf dem Wege zu einer Arbeiterregierung.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Am Donnerstag werden die Verhandlungen der Sozialdemokratie mit den Kommunisten über die Neubildung der Regierung fortgesetzt. Ob sie zu einem Ergebnis führen, hängt ausschließlich von den Kommunisten ab. Die sozialdemokratische Partei Thüringens hat den besten Willen, eine Arbeiterregierung zustande zu bringen. Dafür erbrachte sie inzwischen erneute Beweise durch ein der Definitivität unterbreitetes Programm zur Neubildung der Regierung. Hier werden weitgehende Zugeständnisse an den Verhandlungspartner gemacht, die jedoch mit der Reichsverfassung vereinbar sein müssen. In dem Programm wird u. a. gefordert, daß eine Regierung des Landes Thüringen, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, eine Politik treiben muß, die von allen Dingen auf die Sicherung der Reichseinheit hinausläuft und die durch Einwirkung auf die Reichsregierung befreit zu sein hat, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen. Die Erledigung des Ruhrkonfliktes wird zur Lösung dieser Aufgabe für notwendig erachtet. Außerdem verpflichtet das Programm, auf eine Säuberung der Reichswehr von allen monarchistischen Elementen und deren Ersatz durch zuverlässige Republikaner hinzuwirken. Darüber hinaus wird die unerschütterliche Festhaltung des Reiches an dem Gesamtvermögen der deutschen Wirtschaft in Höhe von mindestens 26 Proz. zu einem Programmpunkt erklärt, für dessen Verwirklichung sich die Regierung des Landes Thüringen einsetzt. Soweit es sich um Betriebe handelt, deren Produktion zu mehr als 25 Proz. an öffentliche Betriebe geht, soll die Beteiligung auf mindestens 51 Proz. erhöht werden. Das Programm sieht ferner die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster vor und verpflichtet zur Unterstellung der Syndikate unter die öffentliche Kontrolle.

Zur Sicherung der republikanischen Staatsform soll eine republikanische Notwehr geschaffen werden. Diese Notwehr kann nach Bedarf von der Regierung zur Unterstützung des Exekutivorgans herangezogen werden. Die Grundlagen der gemeinsamen Verwendung für den Fall der Gefahr sind nach dem Programmentwurf zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteileitung zu vereinbaren. Eine behördliche Anerkennung soll für die auf Vorschlag der Gewerkschaften, Kleinrentner- und Bauernorganisationen zu bildenden Kontrollausschüsse erfolgen. Ihre Aufgabe ist nach dem Programm, gemeinsam mit den Kreis- und Gemeindebehörden die Lebensmittelversorgung und Verteilung zu regeln.

Das Programm sieht schließlich den Eintritt der Kommunisten in die Regierung vor. Es wird ergänzt durch eine Erklärung, in der es heißt, daß die thüringische Parteiführung die Möglichkeit eines Betriebsrätekonfliktes in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften verneint haben und sich deshalb auch die Forderungen des Landtages außerstande sieht, die Einberufung eines Betriebsrätekonfliktes zu fordern. Trotzdem aber wird der Eintritt der KPD in die Regierung als wünschenswert erachtet und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, den Parteigenossen vorzuschlagen, eine parlamentarische und außerparlamentarische Gemeinheitsarbeit mit der KPD. herbeizuführen.

Das Programm unserer thüringischen Genossen zur Neubildung der Regierung bringt zweifellos den besten Willen zum Ausdruck, eine Arbeiterregierung zustande zu bringen zu helfen. Aber wir glauben, daß es mit dem besten Willen von unserer Seite allein nicht getan ist und schließlich selbst, wenn eine Einigung mit den Kommunisten erzielt würde, die Verständigung nur als vorübergehend zu betrachten wäre. Die Kommunisten haben mehr als einmal bewiesen, daß mit ihnen sachgemäße Politik im Interesse der Arbeiterschaft nicht zu machen ist. Wären sie wirklich die Freunde der Arbeiterschaft, als die sie sich fortgesetzt hinstellen, dann müßten sie auch den Mut aufbringen, in Arbeiterregierungen einzutreten. Sowohl in Thüringen wie in Sachsen wurde das hieher abgelehnt und wir sind überzeugt davon, daß die kommunistischen Agitatoren eine verantwortliche Mitarbeit auch in Zukunft ablehnen werden. Viel wichtiger als die Not der Arbeiterschaft durch politische Arbeit in einer Regierung lindern zu helfen, ist ihnen eine sinnlose Agitationspolitik, die auf die Abkürzung der Klassenkampfes abzielt. Dafür hat die kommunistische Partei erst in diesen Tagen wieder in Sachsen kein wunderbares Beispiel geliefert. Herr Böttcher, der seitdem sich der thüringischen Kommunisten, richtete am 17. September ein Schreiben an den sächsischen Landtagspräsidenten, in dem die sofortige Einberufung des Landtages verlangt wird. Der Landtag soll zunächst sofortige Maßnahmen gegen die durch die Unfähigkeit der großen Koalition im Reich hervorgerufenen Notlagen der arbeitenden Massen und früheren Mittelklassen, insbesondere der Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Fürsorgeempfänger und Rentner ergreifen. Er soll sich ferner zu dem Fall Gepler äußern, der bekanntlich inzwischen eine vorläufige Erledigung gefunden hat. Außerdem wird von der sächsischen Regierung eine Erklärung verlangt, warum das kommunistische Ultimatum vom 11. September — anlässlich der Zusammenkünfte vor dem Dresdener Rathaus — nicht erfüllt wurde und ob die Regierung den Kampf gegen Hunger und Elend weiter mit Revolver und Gummiknüppel führen will. Wörtlich heißt es dann: Die kommunistische Partei unterstützt eine solche Regierung nicht.

Die sächsischen Kommunisten verlangen also nicht mehr und nicht weniger, als daß die von ihnen unterstützte Regierung sich grenzenlos beschleunigen und als Organ für kommunistische Agitation gegen das Reich und in Sachsen auszunutzen läßt. Diese Methode führte schließlich auch zu dem Sturz der thüringischen Regierung, die es ablehnte, kommunistischen Ultimaten Folge zu leisten. Es gehört viel Mut dazu anzunehmen, daß diese kommunistische Taktik in Zukunft der Vernunft weichen wird.

Faustrecht in Bayern!

SPD. München, 19. Sept. (Eig. Drahtber.)

Am letzten Sonntag war nicht nur „Deutscher Tag“ in Hof, sondern auch in dem Städtchen Neunburg. Dort sahen sich in der Hauptstraße Halenkreuzler aus Ansbach, Klingen und Augsburg beteiligen. Die Feste die hier durch keine gemeinsamen Agitationsreden mit Kaiser bekannte General Lütkefeld, die eine einzige große Aufforderung zum Kampf gegen die Revolution und für die „innere Reinigung“ war. Die Neuburger Arbeiterorganisationen hatten für diesen Tag die Parole an ihre Mitglieder gegeben, in den Wohnungen zu bleiben oder sich jedenfalls nicht bemerkbar zu machen. Das patte nun den Halenkreuzlern sehr wenig in ihr Programm, wobei sie behaupten, die ihnen bekannten Arbeiterführer in ihren Wohnungen aufzufahren. Schon am Sonntagabend wurde bei einem Gruppenführer der Neuburger Arbeiterwehr das Haus umstellt. Nachdem drei Türen geplatzt waren, wurde die Frau eines Genossen und dessen Schwester, ja, sogar ein halbjähriges Kind in roter Weise aus den Betten gerissen. Scharf ging die Gesellschaft in der Wohnung auf die Besondere. Die beiden Frauen wurden dabei mit der gemeinen Ausdrucks belegt. Bei dieser Hausdurchsuchung wurde ein Revolver gefunden, der von dem 2. Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei in Neunburg als Besitzer bei der Polizei wieder abgeliefert wurde. Die Halenkreuzler erfahren von dieser Revolution, bezogen hierauf das ganze Viertel ab und drangen in das anstehende Haus ein. Der Genosse, ein pensionierter Postbeamter, wurde mit einem Fuß, wurde sofort niedergelassen, wieder hochgehoben und abermals niedergelassen, bis er schließlich vor dem Gericht zusammenbrach. Die fünf anderen Angeklagten wurden mit Revolver und Pistolen

begleitet. Seine Ehefrau ist von dem Anführer geschleift und mit dem Gummiknüppel aufs schwerste mißhandelt worden. Die Einrichtung der ganzen Wohnung wurde durcheinandergeworfen und schließlich noch der Fußboden aufgerissen. Der Anführer der Bande hatte bei dieser Aktion den bei dem S.A.-Führer gefundenen Revolver bereits umgeschickt. Die anwesenden Polizeibeamten erklärten, sie könnten nichts machen, da die Halenkreuzler von den Behörden Polizeibefugnis erhalten hätten. In ähnlicher Weise wurde in noch zwei Wohnungen gehaust. Aus einem Kaffeehaus wurden 17 junge Leute herausgeholt und mit „Hände hoch“ in das Quartier der Halenkreuzler geführt. Hier wurden sie durchsucht und dann mit Stöcken und Gummiknüppeln bearbeitet, bis einzelne von ihnen bemußlos zusammenbrachen. Der Terror der nationalsozialistischen Banditen dauerte den ganzen Sonntag über an; sie sprachen offen die Drohung aus, in vierzehn Tagen alles niederzumachen, was nicht schwarz-weiß-rot sei. Am Montag, nachdem sich die Herren verzogen hatten, kamen endlich auf zwei Lastwagen 40 grüne Polizisten aus Augsburg an.

Gut bayrisch!

SPD. München, 19. Sept. (Eig. Drahtber.)

Am Dienstag Abend fand hier eine Beamtenversammlung statt, in der die radikal bayrisch eingestellten Abgeordneten der bayrischen Volkspartei, Koffer und Rothmeier sprachen. Es wurde ganz offen schwarzweißrot als das Trennungssymbol bezeichnet, weil diese Farbe heute von einer einzigen Richtung im deutschen Volk, nämlich den Alideutschen, allein in Anspruch genommen würde. Wenn das bayrische Volk schon einen Kommandanten braucht und anerkennt, dann sei es neben der legalen Staatsregierung höchstens der Träger des Namens Mittelbach. Zu dem offensivlichen Zwecke, die Reichswehr in Bayern dem Einfluß der Hitler-Ludendorff zu entziehen, wurde an die bayrische Regierung die Forderung gerichtet, endlich durchzuführen, daß bayrische Truppen in Zukunft nur von bayrischen Generalen geführt würden. Diese Forderung hängt mit der Verabschiedung des Generals Epp zusammen. Es wurde auch direkt verlangt, daß Epp an leitender Stelle im bayrischen Heere bleiben müsse. Wie man hört, gehen aber die Pläne der bayrischen Regierung dahin, diesen General an die Spitze der vaterländischen Verbände in Bayern zu stellen, um so die Gewähr zu haben, daß dann in erster Linie in diesen Verbänden die bayrisch-weißblauen Interessen verfolgt werden. Die partikuläristische Tendenz des Abg. Rothmeier, derselbe, der als Reichsbeamter den unentwegten Kampf gegen die Reichsbahn führte, kam zum Schluß in dem Wunsche zum Ausdruck: „Wenn das Schlimmste zu befürchten ist, wenn die illegale Gewalt sich über Recht und Gesetz erheben sollte, dann wird es notwendig sein, in Bayern eine eigene Währung zu schaffen.“

Unter den Zuhörern befanden sich neben mehreren Abgeordneten des Reichstages und Landtages auch der Sozialminister Oswald.

Reichstag.

SPD. Der Reichstagspräsident hat für Mittwoch, den 26. September den Reichstag einberufen. Es ist zu erwarten, daß der Reichskanzler schon in den ersten Tagen der beginnenden Sitzungsperiode, vielleicht bereits am 26. September, eine Erklärung der Reichsregierung über die Entwicklung der außenpolitischen Lage im Zusammenhang mit einer Darstellung über die innenpolitische Entwicklung und die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung abgibt.

Die amtliche Großhandelsindexiffer vom 18. Sept.

M. Berlin, 19. September.

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes in der Zeit vom 11. bis 18. September um 121,8 Proz. — auf das 26 Millionenfache des Friedensstandes — gehoben. Der Dollar stieg in der gleichen Zeit von 66,2 Millionen auf 150 Millionen, oder um 126,6 Proz., so daß das Goldniveau der Großhandelspreise wieder eine Aufwertung von 73 Proz. Gold auf 100,8 Proz. Gold erfuhr. Diese Bewegung wird vornehmlich durch die Gruppe Inlandwaren herbeigeführt, die infolge der Teuerung, der Kohlenpreise sowie der amtlichen Marktpreise für Brotgetreide auf 244,8 Proz., auf das 33,3 Millionenfache stieg, während die Einfuhrwaren mit einer Zunahmebewegung um 138,8 Proz. auf das 49,5 Millionenfache, die Steigerung des Dollarkurses nur um ein geringes übersteigerten. Die Lebensmittel im Großhandel stiegen um 188 Prozent auf das 2,8 Millionenfache des Friedensstandes.

Neue Buchhändlerbuchzahl 30 Millionen

M. Leipzig, 19. September.

Die Buchzahl im Buchhandel beträgt vom 20. September 30 000 000.

Erzängnisstrafe für von Raehne jun.

Vor dem Schöffengericht in Werder wurde heute der im Mai verurteilte Prozeß gegen Herrn von Raehne jr. verhandelt. Der junge v. Raehne war angeklagt, einen beim Holzdiebstahl ergriffenen Arbeiter Lucas aus Glinde schwer mißhandelt und dessen Frau mit Schüssen bedroht zu haben. Außerdem hatte er den Führer einer Wandervogelgruppe, einen Bankbeamten Lorgeler, beschimpft und mißhandelt. Er wurde wegen Körperverletzung in zwei Fällen, wegen Nötigung und Nötigungsversuchs und wegen verbotenen Waffentragens zu 9 Monaten Gefängnis und 600 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Parhimer Mord.

Die Anklage wegen Mordes erhoben.

Die Erhebungen in der Mordhose Parhim hat jetzt so weit gediehen, daß mit der Anberaumung der Hauptverhandlung vor dem Strafgerichtshof demnächst zu rechnen ist. Von den unter dem Verdacht der Beteiligung in Haft genommenen Personen sind jetzt zwei, der Letnani a. D. Kopte aus Berlin-Steglitz und von Lettenborn aus Breslau wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da ihnen keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte. Dagegen ist gegen die vier Haupttäter die Anklage wegen Mordes und gegen die übrigen Beteiligten von Kadenzin, Friede, Richter und Bernhardt wegen Mordbegünstigung erhoben worden. Als weiterer Teilnehmer an diesem Mord kommt übrigens noch ein Deutsch-Polke namens Łowis o. Rener in Frage, dessen man noch nicht habhaft werden konnte. Wie erst jetzt bekannt wird, ist auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Strafgerichtshof die Leiche des ermordeten Gladov nochmals exhumiert und einer eingehenden gerichtsarztlichen Untersuchung unterzogen worden, wobei man die neue Feststellung gemacht hat, daß die letzten tödlichen Schädigungen von hinten aus unmittelbar nahe am das anglässliche Opfer abgegeben worden sind.

Die Belastung der Landwirtschaft.

Es gibt keine Innung eines Streiks gegen die ankere Agitation nicht protestierten. Auch dem Kampf gegen die preussische Grund-

steuer opfern sie endlose Mittel, die wirklich nicht der Sache wert sind, wenn man nicht lediglich des Protestes wegen protestiert. Das beweist folgende Aufzählung:

Die preussische Grundsteuer betrug bis vor kurzem pro Morgen 18,20 Mk. Diese Summe ist jetzt vertausenfadacht worden, das sind 18 200 Mark. Der Preis für einen Zentner Roggen betrug nach der Notierung vom 14. September 105 Millionen Mark. Nach diesem Preise die Grundsteuer umgerechnet, ergibt sich eine Belastung von ca. 8% Gramm Roggen.

Es handelt sich also hier um eine „Belastung“, die kaum geringfügiger sein kann, aber für gewisse Kreise immer noch groß genug ist, um dagegen zu protestieren.

Reine revolutionäre Bewegung in Bulgarien.

U. Belgrad, 19. September.

Der bulgarische Gesandte widerspricht den Gerüchten über eine revolutionäre Bewegung großen Umfanges und erklärt, daß es sich nur um Zusammenstöße mit Kommunisten und radikalen Bauern handle, die zwar an vielen Orten gleichzeitig stattgefunden hätten, aber stets mit vollem Erfolg für die Regierung beendet worden seien, da die jetzige Regierung wesentlich stärker sei als ihre Vorgängerin.

Kriegsgefahr an der Adria.

Raum ist der Korfu-Konflikt halbwegs eingetreten, so melden sich in Verbindung mit der noch immer ungelösten Fiume-Frage neue Schwierigkeiten, die der europäischen Politik recht erhebliche Aufgaben auf Balkan zuweisen. Mit Recht ironisiert Lord George in seinem letzten Artikel in der „M.Z.“, der das Verlangen des Völkerverbundes im italienisch-griechischen Konflikt behandelt, über den Optimismus, der sich in den Kreisen der Entente diplomatie anlässlich der Beilegung des Korfu-Konflikts bemerkbar machte. „Das unterirdische Grollen im nördlichen Korinthischen Meer — schreibt er — wird immer mehr hörbar und immer bössartiger. Der Fiumekraier könnte binnen kurzer Zeit in Flammen ausbrechen und Ströme von Lava auswerfen, die nicht so leicht aufgehalten werden können, wie jene bei Korfu.“

Der Ausbruch des Fiumekraiers ist bereits erfolgt. Der gestern gemeldete Rücktritt des Statthalters von Fiume, Dr. de Poli, und die Einsetzung des italienischen Generals Gaetano Giardino zum Militärgouverneur von Fiume muß als zielbewußter Vorstoß der italienischen Regierung gegen Jugoslawien gewertet werden. Bekanntlich finden jetzt zwischen Italien und Jugoslawien Verhandlungen über die endgültige Regelung der Fiumefrage statt. Die ursprünglich gestellte Frist vom 15. September war bis Ende dieses Monats verlängert worden. Nach den Unterhandlungen, die der jugoslawische Ministerpräsident Bistich mit der englischen und französischen Regierung geführt hatte, war man in Belgrad ziemlich optimistisch, da man annahm, daß es dem Druck Englands und Frankreichs gelingen würde, Mussolini vor aggressiven Schritten in der Fiumefrage zurückzuführen. Nun ist aber durch die Aufstufung der italienischen Militärdiktatur in Fiume die Lage erneut verschärft worden. Da allgemein der Eindruck vorherrscht, daß Italien durch diesen Schritt „vollendete Tatsachen“ schaffen und die Annexion Fiumes vorbereiten will.

Die italienische offiziöse Presse laßt das Vorgehen Italiens in Fiume zu verteidigen. „Wir sind keine Provokateure“, schreibt „Giornale d'Italia“, „wir wollen den Balkan nicht in Flammen legen, wir überschreiten nicht die durch die Verträge festgesetzten Grenzen und tun nichts von alledem, was uns gewisse englische Politiker unterstellen, andererseits müßten wir durchaus Fiume helfen. Das sind die Gründe für das uns einzig mögliche Vorgehen. Es wird keine Verwicklung geben. Die öffentliche Meinung kann in dieser Hinsicht beruhigt sein.“ Dieser Selbstwiderspruch des offiziellen Organs der italienischen Regierung ist sehr charakteristisch. Man weiß in Rom sehr wohl, daß der Rücktritt des Fiumer Statthalters in diesem Augenblick als ein abgekartetes Spiel angesehen werden muß, das in Verbindung mit den weiteren Maßnahmen Italiens den ganzen Balkan in Bewegung setzen und dem italienischen Volk sehr neue juchbare Kriegslasten auferlegen könnte. Deshalb der Hinweis darauf, daß es „keine Verwicklung“ geben werde. Doch diese Verwicklung ist bereits eingetreten. Wie aus Wien gemeldet wird, haben etwa 8000 mazedonische Komitabsche einen Vorstoß auf serbisches Gebiet gemacht, während serbische Truppen in Mit konzentriert werden und sich an der Eisenbahnlinie nach Garibrod der bulgarischen Grenze zu bewegen. Auch aus anderen Meldungen geht hervor, daß die Spannung zwischen Jugoslawien und Bulgarien stark zugenommen hat. Die jugoslawische Regierung hat bereits ein Ultimatum nach Sofia gerichtet, in dem von der bulgarischen Regierung Maßnahmen gegen die mazedonische Bandenbewegung verlangt werden. Die bulgarische Regierung hat darauf mit einer Protestnote zu Händen des französischen Auswärtigen Amtes geantwortet. Gleichzeitig jedoch wird im Pariser „Temps“ folgende aufsehenerregende Mitteilung veröffentlicht:

Die amerikanische Regierung in Washington hat authentische Informationen darüber erhalten, daß von gewissen Mittelmeerhäfen aus Waffen für Bulgarien verladen worden sind, die über das Schwarze Meer in das Land eingeschmuggelt werden. Bisher wurden nach Bulgarien geschickt: Munition, 250 000 Gewehre, 600 Geschütze, darunter 50 schwere Batterien, 4000 Maschinengewehre und 20 000 Maschinepistolen, obwohl nach dem Vertrag von Deully die Bewaffnung der bulgarischen Armee auf ein bestimmtes Maß beschränkt ist. Der General Zagorof, der Chef der bulgarischen Armee, soll geheime Verbindungen mit den mazedonischen Irredentisten unterhalten und beschließen, deren Aktionen mit regulären Truppen zu unterstützen. Die Irredentisten werden mit einer Aktion gegen Jugoslawien nicht mehr lange auf sich warten lassen, da angeblich Mussolini über ihre Untätigkeit bereits sehr ungehalten ist und gedroht haben soll, ihnen seine Unterstützung zu entziehen, wenn sie nicht sofort etwas unternehmen.

Der „Temps“ bezeichnet diesen Bericht als Beweis dafür, mit welchen Mitteln die Leute arbeiten, die einen Konflikt in Mazedonien herbeiführen möchten. Aus dieser Veröffentlichung geht aber deutlich hervor, daß die italienische Regierung als treibende Kraft hinter dem bulgarisch-serbischen Konflikt steht. Durch die neu entfachte Bewegung in Mazedonien soll die Aufmerksamkeit Jugoslawiens von Fiume abgelenkt werden. Dadurch würde Italien in seiner auf die Beherrschung der Adria hingelieferten Politik mehr Spielraum erhalten. In dieser Beziehung hängt der Korfu-Konflikt mit der Fiumefrage auf das engste zusammen. Unter dem Druck Englands, dem sich auch Frankreich anschloß, mußte die italienische Regierung die Räumung Korfus versprechen, wenn Griechenland die ihm auferlegten „Sanktionen“ ausführte. Aber noch bevor die Räumung Korfus, dieser Schlüsselposition an der Adria, erfolgt ist, spielen sich programmatisch die weiteren Akte des italienischen Spiels an den Küsten der Adria ab, das geeignet ist, neue schwere Erschütterungen im Südosten Europas heraufzubeschwören.

Die Generalrevolte in Spanien.

Madrid, 17. September. Der König hat ein

Dekret betreffend die Auflösung des Parla-
ments unterzeichnet.

Der internationale Faschismus hat einen neuen Sieg er-
schritten. Unblutig und fast ohne jeden Schwertstreich hat sich der
Militärkommandant der Provinz Katalonien, der General Primo
de Rivera, ein spanischer Grande, zum Diktator über ganz Spani-
en aufgeschwungen. Er hat selbst die Latein Mussolinis in den
Schatten gestellt. Mussolini, der italienische Usurpator, hat in
monatelanger Organisationsarbeit das illegale Heer seiner
Schwarzhemden geschaffen, und erst dadurch gelang es ihm, seinen
glorreichen Brigantenzug von Neapel nach Rom zu unternehmen.
Auch in Spanien gab es Geheimorganisationen, die Juntas, die
aber im wesentlichen nur von höheren Militärs gebildet waren
und die in der breiten Masse des Volkes fast keinen Boden hatten.
Nichtsdestoweniger gelang es dem General Primo de Rivera, sich
binnen weniger Stunden die gesamte Macht anzueignen und „der
König absolut, wenn er untern Willen tut“ unterwarf sich, wie
der Potentat Italiens Viktorio Emanuele, bedingungslos den
Forderungen des aufzuerstehenden Generals. Das spanische Pa-
rlament ist aufgelöst. Insofern leistet der neue Militärdiktator
Spaniens noch radikalere Arbeit als Mussolini. Die liberale
Regierung unter der Leitung Garcia Prieto Marquis de Alfoce-
mas wurde zum Teufel gejagt. Der Minister des Auswärtigen
ist nach Frankreich geflüchtet. Gegen ihn ist bereits Anklage er-
hoben. Verantwortliche Minister werden nicht mehr eingesetzt.
An ihre Stelle tritt ein Militärdirektorium, das mit absoluter
Gewalt die Geschäfte des spanischen Staates leiten wird. Bis auf
den Unterstaatssekretär im Außenamt, im Kriegs- und Marine-
amt, wurden alle Unterstaatssekretäre abgeschafft. Mit der
Leitung der einzelnen Ministerien wurden die jeweils ältesten
Beamten betraut. Zwar soll das Parlament nicht endgültig ab-
geschafft werden, zunächst aber ist mit Neuwahlen nicht zu rech-
nen. Primo de Rivera fordert die Abschaffung der Parlaments-
diäten. Die Zahl der Beamten soll, wie auch in Italien, außer-
ordentlich eingeschränkt werden. Außerdem soll die Verwaltung
des Landes dezentralistisch umgestellt werden, die einzelnen Bezirke
sollen größere Selbstständigkeit erhalten. Im Vordergrund
der ganzen Tätigkeit des neuen Direktoriums steht die weitere
Behandlung der Marokko-Angelegenheit.

Der General Primo de Rivera hielt bereits vor einiger Zeit
im spanischen Senat eine weitbeachtete Rede, in der er verlangte,
daß man die Armee entweder frei und ungehindert von allen
politischen Einflüssen in Marokko kämpfen lassen solle, oder man
solle das gesamte Marokko-Abenteuer reiflos liquidieren. Diese
Revolte Primo de Riveras, die er mit Unterstützung der mili-
tärlichen Juntas unternahm, hatte eine heftige Gegenbewegung
zur Folge: Primo de Rivera wurde die Generalkommandantur
von Madrid, die er bis dahin inne hatte, entzogen. Binnen
kurzem aber wurde er mit der Kommandantur von Barcelona
betraut. Die Regierung unternahm scharfe Vorstöße gegen die
militärischen Geheimorganisationen, ohne aber die Macht zu haben,
ihnen den Garaus zu machen. Aber die Verlesung des auf-
rührerischen Senators nach der Provinz Katalonien war ein
Streich von folgenreicher Bedeutung. Man suchte durch diese
Konzession die Ansprüche der militärischen Juntas zu befriedigen.
Nichtsdestoweniger schüttete man durch diese Konzession das Rind
mit dem Bade aus.

Die Provinz Katalonien, im äußersten Nordosten Spaniens
gelegene, hat für die Entwicklung der Geschichte Spaniens in den
letzten Jahrzehnten eine besondere Bedeutung gehabt. Katalo-
nien, mit der Hauptstadt Barcelona, ist der Sitz der spanischen
Industrie. Es ist, wenn man so will, neben Bilbao das Ruhr-
gebiet Spaniens, und durch seine industriellen Interessen gelangte
es in immer härteren Gegensatz zu den Kastilianern, den spani-
schen Preußen, woraus die Forderung nach einer regionalistischen
Verwaltung entstanden ist. Das heutige Spanien ist aus den
kastilianischen Provinzen, die im Zentrum Spaniens liegen, ent-
standen. Sie haben für die spanische Geschichte etwa dieselbe
Bedeutung, wie Preußen für die Entwicklung des Deutschen
Reiches. Den Gegensatz zwischen dem industriellen Katalonien
und dem agrarisch-konservativen Kastilien benutzte Primo de
Rivera, sich die Position zu verschaffen, die er durch die General-
revolte erlangte. Er hat die Unterstützung des nationalitischen
eingestellten spanischen Bürgertums zur Fortführung der marok-
kanischen Kämpfe gebieterisch verlangt, weil auch die spanische
Industrie und der spanische Handel eine Zone der kapitalistischen
Expansionsmöglichkeiten braucht.

Spanien gehörte dereinst zum Weltreich Karls V., der mit
voller Berechtigung sagen durfte, daß in seinem Lande die Sonne
niemals untergehe. Spanien beherrschte den neuen Kontinent
und ungeheure Schätze flossen durch die Raubzüge Ferdinand
Cortez' und Pizarros nach dem spanischen Mutterlande zurück.
Aber es war ein besonderes Verhängnis des spanischen Welt-
reiches, daß, nachdem die Mauren vertrieben worden waren, die
gewerbliche Entwicklung nur langsam vorwärts schritt. Dazu
kam, daß das spanische Bürgerum unter Karl V. im Jahre 1521
in der Schlacht von Villalar eine entscheidende Niederlage erlitt,
von der es sich niemals wieder zu erholen vermochte. Spanien
wurde reich durch den Zufluß der in Amerika geraubten Schätze,
aber es hat nie verstanden, unmittelbar selbst zur Produktion
gewerblicher Erzeugnisse überzugehen. Als daher der Zufluß der
kolonialen Produkte verfiel, brach das einstige Weltreich in sich
zusammen und wurde der Spielball des in schneller Entwicklung
aufwärts strebenden Bürgertums in Holland und in England.
Die Blüte der spanischen Nation verfiel im Kanal mit einer
spanischen Armada, die die ganze Macht Spaniens verkörperte.
Die Holländer und Engländer entrissen dem spanischen Reich
immer weitere Teile seiner kolonialen Besitzungen, und im Jahre
1805 wurde die vereinigte französische und spanische Flotte durch
den Engländer Nelson bei Trafalgar völlig aufs Haupt geschlagen.
Zwar vermochte England Spanien auf dem Lande nicht beizu-
kommen. Aber mit dem Verlust der Flotte wurde der Zusammen-
hang mit den Kolonien weiterhin gelockert. Das ganze letzte
Jahrhundert sah Spanien unter dem Zeichen des völligen Ver-
falls und im spanisch-amerikanischen Kriege, der sich in den 90er
Jahren abspielte, verlor das einstige Weltreich die letzten Inseln
im ostindischen Archipel, so daß Spanien wirtschaftlich fast reiflos
auf sich selbst gestellt worden war.

Vor allem der Weltkrieg hat dazu beigetragen, die spanische
Industrie zu fördern, und jetzt ist das spanische Bürgerum dabei,
eine Regeneration des vermoderten spanischen Staatswesens her-
beizuführen. Primo de Rivera ist der Vertreter dieser Ver-
jüngungsstrebungen. Er ist der Vertreter des extremen spanischen
Nationalismus und als solcher versucht er durch die Förderung
der Ausdehnungsbestrebungen nach Marokko den Läuterungspro-
zess zu beschleunigen. In Marokko aber stoßen, wie wir schon
unlängst darlegten, die spanischen Interessen hart auf die imperia-
listischen Bestrebungen Frankreichs, und es mag nicht unrichtig
gewesen sein, wenn unter dem unmittelbaren Eindruck der Gene-
ralrevolte in Barcelona Pariser Blätter schrieben, daß zeitweise
unter dem Eindruck dieser Vorgänge sogar das Interesse für den
Ruhrkonflikt in den Hintergrund getreten sei. Spanien ist wegen
der Entscheidung über die Tangerfrage ein wichtiger Faktor in
den Auseinandersetzungen Frankreichs mit England. Daher wird
der Umschwung auf der Pyrenäenhalbinsel für die weitere Ent-
wicklung der französischen Ausdehnungsbestrebungen an der Nord-
küste von Afrika von erheblicher Bedeutung sein.

Die Provinz Katalonien und vor allem Barcelona wurde in
den letzten Jahrzehnten oft genannt. Barcelona ist der Sitz der
spanischen Arbeiterbewegung, soweit von einer solchen überhaupt
gesprochen werden darf. Der Sozialismus konnte in Spanien
niemals größere Bedeutung erlangen. Es ist im Wesen der in-
dustriellen Entwicklung Spaniens begründet, daß dort von jeher
Sindikalismus und Anarchismus die weitestgehende Ausdehnung
fanden. Schon die Auseinandersetzungen, die Marx in der Internationalen
Arbeiterassoziation mit Bakunin hatte, fanden Vertreter Spaniens
in gemäßigter Lager zu Marx. In Barcelona ist es im Laufe
der letzten Jahre oft zu revolutionären Zusammenstößen gekom-
men. Aus Barcelona stammten die Attentäter, die im Jahre 1906
anlässlich der Hochzeit des spanischen Königs die Bomben warfen.
Die Mörder Datos waren Katalonier, und heute noch ist der
Name Ferrer in der Kulturwelt allgemein bekannt. Ferrer fiel
den Streichen der spanischen Kerkeristen nach der Revolte im
Jahre 1909 zum Opfer. Damals ging ein Särglein des Entlegens
durch die gesamte Kulturwelt. Aber die spanische Inquisition, die
erneut eingesetzt wurde, wollte ihr Opfer haben, sie gierte nach der
Person Ferrers, der in vorbildlicher Arbeit weltliche Schulen in
Barcelona geschaffen hatte.

Es ist charakteristisch, daß die nationalitischen Bestrebungen
in allen Ländern Europas einen immer stärker werdenden faschisti-
schen Einschlag erhalten. Der Faschismus ist die Ideologie des
nationalitischen Bürgertums, und welche sozialen Schichten auch
die Träger dieser Tendenzen sind, die Erscheinungsformen dieser
Kämpfe sind fast überall die gleichen, möge man nach Ungarn,
nach Italien, nach Frankreich, oder auch nach Deutschland blicken.
Der Umschwung in Spanien aber zeigt die ungeheure Größe der
Gefahr, die vor allem auch Deutschland durch den Faschismus

droht, und wenn es auch nicht gelingen dürfte, daß in Deutsch-
land der Faschismus sich so ungehindert zur Macht erhebt, so ist
doch die spanische Revolte allen deutschen Arbeitern ein drohendes
Memento mori. Wir haben alles daran zu setzen, damit nicht
Berlin binnen kurzem zu einem neuen Rom oder Madrid werde.

Vermischte Nachrichten.

Der gestohlene Möbelwagen. Vor der Berliner Straf-
kammer wurde ein berüchtigter Fuhrwerksdieb, Lange, abgeurteilt.
Er hatte zusammen mit dem Arbeiter Schur einen beladenen
Möbelwagen missamt dem Pferd gestohlen. Der Möbelwagen
hielt vor einem Hause in der Ullrichstraße und war mit einer
Eggimereinrichtung von hohem Wert beladen. Als die Arbeiter
ein Möbelstück in das Haus trugen, schwangen sich die beiden
Angeklagten auf den Boden und fuhrten in so schnellem Tempo da-
von, daß ein Seil aus der offenen Tür herausflog und in
Trümmer ging. Das Fuhrwerk wurde nach Nichtenberg in den
Westfälischen Volksgarten gebracht. Hier wurde ein Pferd ge-
schlachtet und der Wagen wurde in einzelne Teile zerlegt und als
Altmaterial verkauft. Die Einrichtung kaufte der Inhaber
des Volksgartens, der Gastwirt Müller für zwei Millionen Mark,
obwohl der Wert 35 Millionen betrug. Das andere Pferd stell-
ten die beiden Diebe im Rustkapillon unter. Dieser Umstand
wurde ihnen aber zum Verberben, denn durch das Weichen des
Pferdes wurde man auf den eigenartigen Stall aufmerksam. Für
diesen Streich verurteilte das Gericht Müller wegen Fehlerlei zu
6 Monaten Gefängnis. Lange wurde zu 3 Jahren und Schur zu
2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bestrafte Kartoffelwucherer. In Wanne hatte der Kar-
toffelhändler Kluth und sein Zuhmann, namens Kaufmann, in
irreführender Weise die katastrophale Kartoffelnot, die kürzlich im
Industriegebiet herrschte, ausgenutzt. Sie erzielten Gewinne von
mindestens 850 000 Mark pro Zentner. Diese Verbrechen am
Volke standen jetzt vor dem Wuchergericht. Der Staatsanwalt
bezeichnete das Vorgehen des Angeklagten Kluth als besonders
traffen Fall von Ausbeutung und beantragte gegen ihn die
Zuchthausstrafe. Das Gericht sah leider den Fall milder an und
verurteilte Kluth zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Millionen
Mark Geldstrafe. Kaufmann erhielt 1 Monat Gefängnis
und ebenfalls 100 Millionen Mark Geldstrafe.

Ein mysteriöser Mord. In Dresden wurde Mittwoch
morgen der in der Werderstraße 27 zur Untermiete wohnende
Eisenbahn-Obersekretär Otto Klagen in seinem Bett tot aufge-
gefunden. Am Hals befanden sich strangulationen, am Arm Stich-
wunden. Der Mund war mit einem Teil des Bettluges ver-
stopft. Anscheinend liegt Raubmord vor, denn es fehlte die
Brieftasche des Toten. Nach den Feststellungen der Mordkom-
mission hat Klagen, der in homosexuellen Kreisen verkehrte, nachts
einen Mann in seine Wohnung mitgebracht, der morgens gegen
5 Uhr die Wirtin gebeten hat, ihm aufzuschließen. Es handelt
sich vermutlich um einen ebenfalls in homosexuellen Kreisen ver-
kehrenden Ausländer, da im Zimmer des Ermordeten eine
Prager Zeitung „Morodni List“ vorgefunden wurde.

Brandkatastrophen. Die Umkleewerke in Johannissthal
sind durch ein Schandfeuer vernichtet worden. Gegen 5000 Ar-
beiter werden durch das Brandunglück arbeitslos. — Ein großes
Schandfeuer brach in Wolkterdingen bei Donaueschingen
im Sägewerk des Strobelwerks aus, das sich bei dem herr-
schenden Sturm mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Viele
Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude wurden eingeäschert. Zwei
Kinder werden vermisst. — Eine kalifornische Stadt ein-
geäschert. Durch ein gewaltiges Schandfeuer wurde die
Stadt Berkeley heimgesucht. Zwölf große Häuserblöcke wur-
den eingeäschert, über 2000 Bewohner obdachlos. Die Feuerwehr
konnte einem weiteren Ausbreiten des Brandes nur noch durch
Dynamitsprengungen vorbeugen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber;
für Freikunst Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer;
für Inzerale Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich
Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co.,
tätlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

24. Fortsetzung.

In jenem Abend hatte er die Kleine unter den das Theater
verlassenden Menschen entdeckt, war ihr nachgegangen und hatte
ihren Wohnort, der nicht allzuweit vom Zellerischen Hause ent-
fernt war, ausfindig gemacht. Weil er darüber den Zug ver-
säumte, blieb er in der Stadt und ging anderen Tages zur
Arbeit. Von da an umstreifte er das Haus seines Mädchens und
sah bald Gelegenheit, ihr mit Worten zu sagen, was sie bis
dahin sich nur mit Blicken gesagt hatten.

Es war eine Liebe, wie sie Tausende gleich stürmischen Flam-
men aufschlagen. Das Mädchen war äußerlich die Leidenschaft-
lichere. Sie hatte sich an dem kühlen, blinden Burlesken ent-
zündet. Er dagegen konnte auch ihr gegenüber nicht aus sich
heraus und blieb ruhig und steif. Nur daran, wie er manchmal
sie sah an sich presste, und in der Häufigkeit, mit welcher er sie
aufsuchte, konnte sie merken, wie er an ihr hing.

Heini hatte einen rücksichtslosen Willen und kannte keine
Furcht. So machte er sich zuerst an die Petermanns, sagte ihnen
von seiner Liebe und hatte nicht schwer, deren Einwilligung zur
Verlobung mit der Tochter zu bekommen. Darauf zog er Sa-
lome ins Vertrauen, nicht sie fragend, sondern sie vor die Tat-
sache stellend: „Ich will heiraten. Die und die!“

Salome erschraf. So oft schon aber war Schrecken und Un-
ruhe in sie hineingefahren, daß zugleich eine Müdigkeit sie er-
faßte: „Wann würde der Mühe genug sein?“

Sie begann Heini Vorstellungen zu machen. Er sei noch zu
jung und habe kein Auskommen.

Da sah er sie mit den grauen Augen an und sagte: „Ich lasse
nie, nie von der Luzia.“

Er sagte das so ruhig, wie er immer sprach, aber mit einer
tiefen Bestimmtheit.

Sie suchte und wußte sich keinen Rat seinem kühlen Eigen-
willen gegenüber.

Zuletzt vertraute Heini sich den Pfisters an. An der Pflege-
mutter fand er nach einiger Unterredung eine Bundesgenossin,
ihre Mann aber widersand.

„Dazu bist du nicht reif“, sagte er jetzt, „und die Leute gefallen
mir nicht. So lange du in meinem Hause bist, wird daraus
nichts.“ Irigendwie enthielten seine Worte ein scharfes Ent-
weder-Oder.

Heini schwieg. Er war kein Fäuler, aber er ging mit ver-
bissenerm Trotz seinen eigenen Weg. Er begann, Salome zu er-
klären, daß er der allabendlichen Heimreise müde sei und sich eine
Kammer in der Stadt zu mieten gedenke.

Hans Jakob Pfister stellte das richtig: „Er will Freiheit
haben, Jungfer Zeller. Wenn er guten Rat nicht hören will, so

ist es jetzt Zeit, daß wir auseinandergehen. Ich bin nicht für
Unfrieden.“

Die Befürchtung, daß der redliche Mann seine Hand von
Heini ziehen würde, warf eine neue Last auf Salome.

Heini zögerte aber noch eine Weile, es zu einem Bruch mit
dem Pflegevater kommen zu lassen.

Tags danach sprach er Salome um Geld an.

Sie konnte es ihm nicht geben.

Halb verdrossen, halb wirklich bedrängt, nahm er ihren Be-
scheid hin; er schien die kleine Summe durchaus nötig gehabt zu
haben.

Da wuchsen die Schatten mächtig um Salome und wurden
dunkel, wie sie nie vorher gewesen waren. Die kleinen, frohen
Erinnerungen, die letzten, die noch manchmal gelebt hatten,
starben. Bald war nichts mehr als nagende Reue und Angst.
Aus allen Ecken sprang diese Angst auf sie ein und zeigte ihr
hundert vergerete Gesichter. Immer wieder verschiedene. Es
war, als ob Teufel mit tragenshaften Mienen sie narzten. Aus
den Büchern über die sie geneigt stand, floßen sie auf, als ge-
hörten sie die Zahlen, die sie niederschrieb. Auf dem Heimweg
führten sie aus allen Gassen auf sie ein. Wenn sie allein in
ihrem Zimmer stand, kamen sie langsam, wie an ihrer Qual sich
wühlend, aus allen Winkeln geschlichen, und des Nachts huschten
sie an ihr Bett, hockten auf der Lehne, auf der Decke und grinsten.
Jetzt geht der Heini von den Pfisters weg, erzählte der eine.
Der andere: Du magst allein für ihn sorgen, du, ledige Mutter.
Ein dritter biltes ihr ein: Alles kommt an die Sonne, Salome
Zeller! — Die Schande wird die Eltern ins Grab bringen, die
ehelichen, einfachen Menschen, erzählte ein vierter. Da fingerte
siner: Hahaha und die Hirsels! Ein letzter hob von den
Brändlern an. Und wieder einer weiskagte ihr, daß sie um Stelle
und Prot kommen werde, bald, ganz bald!

Hunderterteil wuchten sie, nur nichts Gutes. Sie waren so
emsig bei Tag und Nacht, daß sie Salome, die sonst gesund ge-
wesen, krank machte wie ein am Leben sich gewordenes Weib,
dessen Nerven keinen Laut und kein Licht mehr ertragen. Wenn
eine Tür zufließ, suchte sie zusammen. Bei der einfachsten Frage,
die jemand an sie richtete, schob ihr das Blut zu Kopf. Durch
die Tür hätte der kommen können, der ihre Heimlichkeiten laut
sagte, und die Frage hätte lauten mögen: Du, du, was verbringt
du vor der Welt? Ihre Hände wurden zitterig, ihre Augen feucht.
Sie konnte nicht mehr essen, und weil sie nicht lachen mochte, half
sie sich durch Verdrießlichkeit und Unduldsamkeit des Wesens und
sah den Eltern böse Tage.

Der Vater sprach ernstlich davon, daß sie Ferien nehmen
müsse. Er werde es sich nicht ausreden lassen, sie zum Arzt zu
führen.

Aber es kamen schlimmere Zeiten.

Es war im Sommer.

Heini legte Salome in Kenntnis, daß er ein Zimmer in der
Nähe des Geschäfts, in welchem er arbeitete, gemietet habe. Mit
den Kleaektern hatte er gesprochen. Dann drang er neuerdings

in sie, ihm Geld zu geben, legte ihr dar, wie er Schulden gemacht,
habe machen müssen, bei keinen knappen Mitteln.

Salome versprach ihm Hilfe und holte heimlich den Rest
eines Spartassenbuchs, das sie angelegt hatte.

Er war nicht undankbar, war auch kein eigentlicher Ver-
schwender. Er hatte hinter anderen jungen Leuten nicht zurück-
stehen wollen, die es sich Sonntags zumeilen etwas leisten ließen.
Auch ging er gern gut gekleidet. Und für Luzia hatte er dann
und wann ein kleines Geschenk gekauft. Als er das Geld emp-
fang, fuhr er der Mutter von seiner stattlichen Höhe herab mit
der Hand über den grauenen Scheitel. „Ich danke dir“, sagte
er. „Wenn ich eine bessere Stellung habe, sollst du alles wieder
zurückbekommen.“

Dann neigte er sich nieder und küßte Salome, was er nie
getan hatte, und es war etwas Großes an der geringen Zärtlich-
keit, die er seiner tiefverschlossenen Natur abgewann.

Salome umklammerte ihn mit beiden Armen und weinte.
„Lerne zu sparen“, bat sie, „tue es, tue es doch. Ich kann es nicht
leicht für dich finden.“

Es war aber nicht der leiseste Groll in ihr gegen ihn, nur
Liebe. Er war in diesem Augenblick das einzige und höchste, was
sie im Leben hatte. In ihm war gleichsam alles aufgelaufen,
was sie sich aus der Jugend her gerettet. Die Liebe für ihn, seit
sie an seiner spärlichen Erwidrerung neue Nahrung gefunden, und
die Angst vor Entdeckung bestimmten fürder ihr Leben und ihr
Handeln.

Wegen Heinis eigenmächtigen Wegganges von Feldstetten
nahm Salome Rücksprache mit den Pfisters. Frau Selme emp-
fing sie bei ihrer Anfunft und konnte vor Kummerns Lange nicht
sprechen. Endlich brachte sie hervor, daß ihr Heini wie ein eigenes
Kind gelassen und daß ihr nun nicht anders sei, als sei ihr Leben
erst völlig einsam geworden. Ihr Mann kam bald hinzu, und sie
nahm sich mehr zusammen, als fürchtete sie seine Zurechtweisung.
In seiner gemächlichen und ruhig überlegenen Weise legte er sich
nach der Begrüßung zu den Frauen und sagte: „Ich habe es
kommen sehen, Jungfer Zeller, und es ist mir leid um uns alle.
Ich hätte Ihnen gern geholfen, den jungen Menschen nach eine
Weile zu leiten; denn es ist eine schwere Aufgabe für eine Frau,
die allein steht. Aber ich kann jetzt nichts tun. Er muß seinen
Weg haben und sich vielleicht die Hörner abstoßen.“

Salome wollte ihn bitten, ihr Rat und Freundschaft zu er-
halten, doch schon forderte er sie auf, sich immer an ihn zu wen-
den, wenn sie leiner bedürfe. „Nur um Geld kommen Sie nicht“,
fügte er in schlichtem, festem Ton hinzu. „Daran müssen Sie auch
Heini knapp halten.“

Da war es Salome, als sei sie im Grunde jetzt allein mit dem
Jungen. Doch war der Gedanke ihr mehr lieb als leid, zu
wissen, daß er sie jetzt als die einzige betrachtete, die zu
ihm stand.

Sie nahm nach einer Weile freundlichen Abschied von den
Pfisters.

(Fortsetzung folgt.)

Amflicher Teil

Im lübeckischen Küstengewässer ist die Ausübung der Ringmadenfischerei in der Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen den im § 35 der Fischereivordnung vom 12. März 1920 angedrohten Strafen. (6708)

Lübeck, d. 19. Sept. 1923. Das Polizeiamt.

Die Sätze der Rechtsordnung der Schornsteinfeger sind für die Zeit vom 16. bis 22. September mit 90 zu vervielfältigen. (6694)

Lübeck, d. 19. Sept. 1923. Das Polizeiamt.

Die Gebühren der Schlachthöfebetriebe werden ab 21. September 1923 erhöht. (Siehe Anschlag in den Betrieben.) (6679)

Lübeck, 20. Sept. 1923. Die Schlachthöfbehörde.

Höchstpreis für Markenbrot ab 22. September 1923:
Roggenbrot 1900 Gr. M. 6 600 000
Graubrot 1900 Gr. „ 7 200 000

Feinbrot 1500 Gr. „ 7 200 000
Ausgabe des Brotes in der Woche vom 22. bis 28. September auf Abschnitt XXI. (6709)

Lübeck, d. 20. Septbr. 1923 Landesverforgungsmf.

Nichtamtlicher Teil

Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Wertschätzung, welche durch so überaus zahlreiche Glückwünsche, Aufmerksamkeit und prächtige Blumenspenden an unsern Ehrenstage zum Ausdruck gelangten, sprechen wir allen Freunden, Gästen und Bekannten an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank aus. (6705)

G. Ruthmann und Frau.

Deutscher Verkehrsband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf!
Am Dienstag, d. 18. d. Mts., starb unser langjähriger treuer Kollege, der Fabrikarbeiter (6695)

Heinr. Böttcher.

Seine Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 21. d. Mts., nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Sammelpunkt der Kollegen dafelbst 4 Uhr.
Die Ortsverwaltung

Heinrich Böttcher
Wir verlieren in ihm einen guten und treuen Kollegen, dem wir ein tausendes Andenken bewahren werden.

Die Beerdigung unseres guten Sohnes und Bruders

Ewald
findet am Freitag, dem 21. d. Mts., nicht 9 1/2, sondern 3 1/2 Uhr statt.

Familie Geitner,
Fährstraße 12.

Gas-Gängelampe z. verf. (6706) Germania 35, II.

Sammer verf. Abzugsgeländebau. 20. (6707)

Gebr. Grottschedel verf. zu verf. (6708) Welfenstr. 18, I.

Welfenstr. 18, I.

Größerer Händler Kleinfächer zu kaufen gesucht. Angebote im Preis unter C 298 an die Expedition dieses Blattes. (6690)

Gr. Pr. Jäger ges. gut erh. Herrentafel zu verf. Adolphs. Kol. 165. (6691)

Wieduhr zu f. gesucht. Ang. m. Fr. u. C 295 a. d. Exped. d. Bl. (6701)

H. Gäßherd z. f. gesucht. Ang. unt. C 292 an die Exped. d. Bl. (6692)

Am Freitag, 7.9. eine Brombeere verf. Abzug. Welfenstr. 27, II. (6693)

Welche Frau wünscht für led. Mann die Selbstwache und keine diebe aus. Ang. unt. C 293 an die Exped. d. Bl. (6694)

Im Freitag, 7.9. eine Brombeere verf. Abzug. Welfenstr. 27, II. (6695)

Welche Frau wünscht für led. Mann die Selbstwache und keine diebe aus. Ang. unt. C 293 an die Exped. d. Bl. (6696)

Im Freitag, 7.9. eine Brombeere verf. Abzug. Welfenstr. 27, II. (6697)

Welche Frau wünscht für led. Mann die Selbstwache und keine diebe aus. Ang. unt. C 293 an die Exped. d. Bl. (6698)

Im Freitag, 7.9. eine Brombeere verf. Abzug. Welfenstr. 27, II. (6699)

Welche Frau wünscht für led. Mann die Selbstwache und keine diebe aus. Ang. unt. C 293 an die Exped. d. Bl. (6700)

Im Freitag, 7.9. eine Brombeere verf. Abzug. Welfenstr. 27, II. (6701)

Welche Frau wünscht für led. Mann die Selbstwache und keine diebe aus. Ang. unt. C 293 an die Exped. d. Bl. (6702)

Allgem. Ortskrankenkasse f. d. Fürstentum Lübeck
Bekanntmachungen der Kasse werden in Zukunft nur im „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck“ in Gutin und im „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht. Veröffentlichungen in den übrigen Zeitungen des Landesteils finden nicht mehr statt.
Gutin, den 16. September 1923.
Der Vorstand, D. Steinhof.

Eimerbier. N G
Freitag von 4-6 Uhr.
6696 Brauerei Wilcken
Engelkewisch und
Arministr. 21 a.

Notgemeinschaft für Bestattungen
B.L.E.V.
e. V. Lübeck.

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (6668)
Arbeiter-Garderoben,
Berufskleidung,
Herren-Konfektion,
Knaben-Konfektion.
Erstkl. Manufakturwaren.

Nach dem gemeinschaftlichen Beschluß von Vorstand und Kontrollauschuß betragen die Beiträge für den Jahrtag am 29. September und 6. Oktober in den drei Beitragsklassen 1200000, 1 500 000 und 2 000 000 Mark. (6656)
Der Vorstand kann eine Unterstützung in Höhe von 400 Millionen Mark bewähren und für die übrigen Unterstützungsbeiträge den zehnfachen Betrag der bisherigen Unterstützungsbeiträge. Die Bücher, welche noch nicht zur Abstemmung vorgelegt wurden, müssen bis 6. Oktober in der Geschäftsstelle, Hundestraße 49/51, abgegeben werden. Neuannahmen dafelbst.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch.
Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfaling
321 Solstenstr. 321

Gelegenheitskauf von Taschenuhren
(Schweizerwerke) unter Garantie zu einem annehmbaren Preise in Gold, Silber u. Nickel; ferner Stand- und Wanduhren, goldene Trauringe
Reparaturwerkstatt
Matern,
Uhrmacher,
Beckergrube 26.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6669)
Otto Albers
Markt 4 Kohl. 10

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebekarten
Garderobenblocks
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (6762)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 45

Sport und Spiel
Cycling und Gewandlung zur Erleichterung des Verkehrs aller modernen Sportarten.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lübecker Volksbote.



Ehlers & Reetwisch
Solstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Wir sind billig!
Herren- u. Knaben, Damen- und Kinder-Garderoben, Kleiderstoffe, Aussteuer, Betten, Wäsche, starke und eleg. Schuhwaren, Pelze, Abchnitte. 6700
Bekannt reelles Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Die Macht der Schönheit
verleiht Ihnen nur die (6670)
duftreiche Glycerin-Milch Seife
Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (6674)

Sie finden bei (6667)
Walter Griephan & Co.
Huxstr. 74
enorm billig:
Bettdruckstoffe, Inletts, Hemdentuche, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

RUFEN SIE 28731 AN!



Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie sofort wie neu zurück.
Reform-
Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei
mit elektrischem Betrieb. 14055a
Robert Jentzen
50 Huxstraße 50.

Berlin- u. Vergnügungs-Anzeigen
Betriebsarbeiter-Berband
Filiale Lübeck.
Einladung zum Herbst-Ball
am Sonnabend, 22. Septbr.
im Moislinger Baum
unter Mitwirkung erster Künstler.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Das Festkomitee.

Hanseatische Anwaltskammer.
Außerordentliche Versammlung der Kammer
am Sonnabend, dem 29. September 1923, 2 Uhr nachm. in Hamburg im Präsidentsitzungssaal des Ziviljustizgebäudes.
Tagesordnung:
Erhebung und Verwendung eines weiteren Beitrages für das laufende Jahr. (6692)

Betriebsarbeiter-Berband
Lübeck.
Sonnabend, den 22. September, Anfang 7 Uhr
im Moislinger Baum:
Großer Herbstball
verbunden mit buntem Abend unter Mitwirkung des beliebten Lübecker Komoristen Hans Walter Stier sowie Frau Matzinger vom Hansa-Theater. (6697)
Das Festkomitee.

Luisenlust.
Jeden Freitag: (6671)
Or. Tanzkränzchen.

Kolosseum
Morgen Freitag, Kaffeeöffnung 7 Uhr:
Großes Militär-Konzert (6707)
ausgeführt von der Kapelle des II. Hanseat. Bataillons I. R. 6
unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters Clausnitzer
Ab 11 Uhr:
Tanzunterhaltung

Deutscher Verkehrsband
Ortsverwaltung Lübeck. 6646

Versammlung
der **Kraftfahrer**
am Donnerstag, 20. Sept. abends 7 1/2 Uhr bei Herrn P. Richter, Mengstraße.
Tagesordnung: Haftpflichtversicherung und Rechtschutz.
Referent: Kol. W. Faust.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Arbeitsgemeinschaft.
Versammlung
am Donnerstag, 20. Sept. abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung.
Die Ortsverwaltung. (6651)

Hedermans
8 Uhr. (6672)

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungskonzerte.
6698

Heute (6675)
Gewerkschaftshaus:
Arbeiterdichtung, 7 Uhr.
Karte 600 000 Mt.
Erwerbslose 800 000 Mt.
Hansa-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr abends
Der durchschlagende Erfolg
Der Leibkutscher des Fridericus Rex. 8029
Volksbühne zu Lübeck e. V.
Sonntag, den 30. Sept. 1. Sonntag nachmittagsvorstellung. Ausgabe der Jahreskarten nachmittags ab 4 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Sonnabend und Montag keine Ausgabe. (6688)
Gladtheater Lübeck.
Donnerstag, 7.30 Uhr; Dntel Wajaja.
Freitag, 7.30 Uhr: Gastspiel v. Kammerfänger W. Paul vom Opernhaus Hannover als Alberich in Rheingold.
Sonnabend, 7.30 Uhr: Volksbühne: (6666) Die Weber.
Sonntag, 11 Uhr: Vortrag v. Kapellmeister Mannstaedt üb. Rhein-gold.
2,15 Uhr nachm. Fremdenvorst. Cavalleria rusticana, Der Bajazzo.
8 Uhr: Gastspiel von Kammerfänger W. Paul v. Opernhaus Hannover als Alberich in Rheingold.
Einlösung der Theater-Ab. für die Mittwoch-Ab. 20. Sept., für die Donnerstag-Ab. 21. u. 22. Sept. u. d. Theaterkaffe.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 20. September.

Deutschland, das ärmste und teuerste Land.

Der völlige Zusammenbruch der Mark hat zu einer furchtbaren Anarchie in der Preisbildung geführt. Die Preise überfüllten sich. Nicht nur einmal, nein, oft mehrere Male am Tage werden die Preise unter Zuhilfenahme von Preisberechnungstabellen auf Grund des neuesten Dollarstandes geändert. Wie bei dieser Preisfestsetzung verfahren wird, zeigte kürzlich das „Berliner Tageblatt“ an einigen besonders kraßen Beispielen: Da sind Detaillisten, die ihre Waren, z. B. Schürzen, Hüte usw., mit Ziffern wie 1, 2, 4 usw. ausgezeichnet haben. Mit diesen Ziffern sind Goldmarkpreise gemeint, die in Papier von dem Verkäufer auf Grund eines in jedem Augenblick zu ändernden Schlüssels mitgeteilt werden. Ein Detaillist, der nach diesem System verfährt und gefragt wurde, ob er im Frieden nicht auch in Teilen von Goldmark verkauft habe, zum Beispiel für 1,20 Mk. oder 3,45 Mk., erwiderte, daß diese Unterschiede jetzt nicht gemacht zu werden brauchen, da diese Differenzen in Papiermark doch „keine Rolle“ spielten. Bei einer solchen Auffassung braucht man sich nicht zu wundern, wenn oft Preisunterschiede bei gleichen Waren zutage treten, die in die Millionen gehen. Wie soll ein auf seinen Arbeitsverdienst angewiesener Familienvater seine Kinder bekleden, wenn z. B. schon in der vorigen Woche, also bei einem Dollarstand von 100 Millionen, für einen Kinderanzug 1 Milliarde Mark, und für ein Paar wollene Kinderstrümpfe 98 Millionen Mark gefordert wurden? Deutschland ist heute das teuerste Land der Welt geworden, und seine Arbeiter, Angestellten und Beamtenschaft wird mit Wähnen und Gehältern obgespeist, die weit unter dem Friedensstand liegen. Zur chronischen Unterernährung, ja zum Hunger verurteilt sind heute nicht mehr allein die Invaliden und Altersrentner, die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, sondern auch ein großer Teil der noch in Arbeit stehenden Bevölkerung. Wirksamem Schutz vor dieser täglich krasser auftretenden Ausplünderung der Bevölkerung müssen und können die zuständigen Behörden gewähren, wenn der ernste Wille dazu vorhanden ist. Nach dem Vorgehen der Berliner Bürgerpolizei, die den Kleinhändler verpflichtete, sich wenigstens 24 Stunden lang an den morgens oder mittags festgesetzten Großhandelspreis zu binden, müßte auch hier verfahren werden. Aber nicht nur die schärfste Überwachung der Kleinhandelspreise, auch vor allem und zuerst der Großhandels- und Fabrikationspreise ist in diesen Tagen mehr als je zuvor dringend geboten.

Die ungeheuerlichen Preiserhöhungen

bringen die Hausfrauen zur Verzweiflung. Verdoppelungen und Verdreifungen der Warenpreise über Nacht sind keine Seltenheit. Wer sich mit dem notwendigen Einkauf auf den Lohntag einstellte, der ist von Gott und der Welt verlassen, weil eben das Geld zwischen den Fingern gerinnt. Rasend gebärdet sich die Preisschraube. Kostet doch heute ein Pfund Kartoffeln 2,8 Millionen Mark, ein markenfestes Brot 14 Millionen Mark, Schmalz kostet 38 Millionen, Schweinefleisch 33 und 34 Mill., Gefrierfleisch 13—15 Mill., Margarine 24 Mill., geräuch. Speck 36 Mill., Salzspeck 28 Mill., Speisefett 28 Mill., ein Pfund Mehl 7 Mill., Reis 8,2 bis 9 Mill., ein Kiesel Seife von 200 Gr. 5—6 Mill. Mark. Auch die Fischpreise ziehen entsprechend der Teuerung an. Die Gemüsepreise stehen natürlich ebenso gewaltig hoch und sind kaum zu kontrollieren. Welche hohe Summen z. B. im Konsumverein notwendig sind, um den Großeinkauf für die gangbarsten Waren zu besorgen, ergibt sich daraus, daß allein für den im Heranrollen befindlichen Waggon Seife 1000 Milliarden bezahlt werden mußten. Die Lage ist heute so, daß auch hier beim Großeinkauf eine gewisse Rationierung vor sich gehen muß, um die gewaltigen Summen auszubringen. Da kann es sehr wohl vorkommen, daß hier und da ein Artikel einige Tage vergriffen ist.

Klage über übermäßiges Preisanstiegen wird in fast allen Zeitungen aus dem Reich geführt. In Berlin wird für Margarine bis zu 38 Millionen gefordert, ein Ei kostet 3 Millionen, hochwertige sonstige Lebensmittel werden zurückgehalten. In Hamburg will man jetzt zur energischen Bekämpfung des Wuchers schreiten, insbesondere auf dem Gebiete der Lebensmittel und Bedarfsartikel werden die Marktpolizei, die Bürgerpolizei und die Kriminalpolizei unter Hinzuziehung der Exekutivbeamten des Aufsichtsdienstes ihre Kräfte in vermehrtem Maße einsetzen. Preisanzeigen müssen an deutlich sichtbarer Stelle angebracht werden. Die Polizei wird bei Verstößen gegen diese Vorschrift eventuell zur Beschlagnahme der Waren und Schließung der fraglichen Geschäfte schreiten.

Was man in Lübeck zu tun gedenkt, ist noch nicht heraus. Gar zu lange schlafen sollte man nicht. Insbesondere wäre es auch am Platze, die Milchkontrolle einmal ernsthafter vorzunehmen.

Man muß sich die enttäuschten Gesichter beim Einkauf einmal betrachten. Es ist nicht mehr Ergebenheit in den Zügen zu entdecken, nein ingrinnige Miene, hagerfüllte Mienen sind es, die man beobachtet. Es gärt, brodelt bei den Leuten, denen das Allernotwendigste vorenthalten wird. Wie lange noch wird diese Ruhe vor dem Sturm anhalten? Hunger tut weh, und Not kennt kein Gebot!!

Eine Erwerbslosen Demonstration

Am Mittwoch mittag statt. Auf dem Marktplatz hielt der Kommunistische Arbeiter eine etwa 1000 Versammlung eine Rede. Es wurde wieder eine Deputation mit Forderungen an den Senat geschickt. Der Senat erklärte, er verhandle nur mit den Gewerkschaften und schied die Antwort auch an den Gewerkschaftssekretär Genossen Dreger. Bei den Forderungen handelte es sich darum, daß allen Erwerbslosen ein Brot, das täglich nur in besonderen Fällen verteilt wurde, gegeben werde. Der Senat hat diesem Wunsch entsprochen. Ferner wurde Holz für den Winter gefordert. In dieser Beziehung sollen insbesondere Erleichterungen beim Stubbenroden getroffen werden. Betreffs der Unterstützung von Erwerbslosen Familienangehörigen betonte der Senat, daß er die Forderung an das Reich weitergegeben habe. In dieser Be-

ziehung kann Lübeck, das weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hat, nicht selbständig vorgehen, weil sonst das Reich fühlbaren Einspruch erhebt. Der Forderung auf Erziehung von Speisekarten soll insofern entsprochen werden, als die Volksküche wieder eröffnet wird.

Die Erwerbslosen gingen dann, wie uns mitgeteilt wird, in kleinen Trupps zu Geschäftsleuten, hauptsächlich zu Bäckern und Schlachtern und erbaten sich Lebensmittel. Heute morgen wollen verschiedene aufs Land ziehen, um von den Bauern etwas zu erbitten.

Wir verkennen durchaus nicht die riesengroße Not der Erwerbslosen und müssen verlangen, daß ernsthafter an deren Vinderung herangegangen wird. Aber so, daß einzelne Trupps auf eigene Faust unkontrollierbar vorziehen, ist die Sache nicht zu machen. Der Versuch, daß Geschäftsleute etwas Besonderes für die Erwerbslosen tun, kann wohl unternommen werden. Aber dann muß eine Sammelstelle, vielleicht im Gewerkschaftshaus, geschaffen werden, wo eine rechtmäßige Kontrolle vor sich geht, damit auch jeder gleichmäßig bedacht wird.

Finanzierung der Kartoffelversorgung.

Das Nachrichtenamt schreibt uns:

Unter Vorbehalt des Landesverwaltungsamtes fanden am Montag Besprechungen mit Vertretern des Handels, der Banken, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer statt, um die Durchführung der Kartoffelversorgung zu beraten. Die Schwierigkeiten liegen in der Transportfrage und in der Finanzierung. Für die Transporte hat das Reichsverkehrsministerium Zulage gemacht, Kartoffeln bevorzugt zu befördern. Jedoch ist es infolge Zurückhaltung von Wagen im besetzten Gebiet dringend erforderlich, daß mit dem Transport möglichst früh begonnen wird. Schon aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, sobald als möglich an die Kartoffelversorgung heranzugehen. Zur Finanzierung: das Reich kann keine Kredite geben. Die neu gegründete Kartoffelkreditbank in Berlin wird allein nicht ausreichen. Es sind jedoch Verhandlungen mit der Reichsbank im Gange, um die Kartoffelbeschaffung durch Wechselkredite zu erleichtern. Wahrscheinlich wird dieser Reichsbankkredit jedoch nur auf wertbeständiger Grundlage gewährt.

Zum Teil sind schon weitgehende Vorbereitungen für die Kartoffelversorgung getroffen. Eine Reihe von industriellen Großbetrieben und die Lübeck-Wüchener Eisenbahn haben für die Finanzierung gesorgt. Die Belegschaften leisten schon jetzt Einzahlungen in eine Art wertbeständiger Sparkasse, aus der später die Kartoffeln gekauft werden sollen. Auch der Konsumverein ist bemüht, die Versorgung durchzuführen; ebenso der Beamtenwirtschaftsbund. Der Kartoffelgroßhandel glaubt zwar noch für die Versorgung der Bevölkerung alles Nötige veranlassen zu können, rechnet jedoch mit einer Kredithilfe. Der Vertreter der Banken empfiehlt, daß die einzelnen Kartoffelbesitzer sich mit ihren Banken in Verbindung setzen, außerdem wird mit der Reichsbank verhandelt werden müssen. Für die zweckmäßige Zusammenarbeit zwischen Kartoffelhandel, Banken und Reichsbank wird ein kleinerer Ausschuss tätig sein.

Zweifellos ist es zweckmäßig, wenn alle, die dazu in der Lage sind, sich mit Kartoffeln für den Winter eindecken. Die Finanzierung wird zweifellos dadurch erleichtert.

Die neuen Postgebühren.

Heute trat der neue Posttarif in Kraft. Es kosten ab 20. September:

Im Ortsverkehr: Postkarten 50 000 Mk., Brief bis 20 Gramm 100 000 Mk., über 20 bis 100 Gramm 150 000 Mk., über 100 bis 250 Gramm 250 000 Mk. und über 250 bis 500 Gramm 300 000 Mk.

Im Fernverkehr: Postkarten 100 000 Mk., Briefe bis 20 Gramm 250 000 Mk., über 20 bis 100 Gramm 350 000 Mk., über 100 bis 250 Gramm 400 000 Mk. und über 250 bis 500 Gramm 450 000 Mk.

Im Auslandsverkehr: Postkarten 450 000 Mk., Briefe 750 000 Mk., für jede weiteren 20 Gramm (bis zu 2 Kilogramm) 375 000 Mk.

Neue Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn hat das Landesfinanzamt in der gestrigen Ausgabe des Volksboten bekannt gegeben. Vom 16. September ab betragen sie für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich je 720 000 Mk., wöchentlich je 172 800 Mk., für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte minderjährige Kind monatlich 4 800 000 Mk., wöchentlich 1 152 000 Mk., für Werbungskosten und sonstige Abzüge monatlich 6 000 000 Mk., wöchentlich 1 440 000 Mk. Bei täglicher Lohnzahlung sind in den entsprechenden Fällen 28 800 Mk., 192 000 Mk. und 240 000 Mk. bei Lohnzahlungen für kürzere Zeiträume 7200 Mark, 48 000 Mk. und 60 000 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden in Abzug zu bringen. Betreffs der Abzüge bei Natural- und Sachbezügen verweisen wir auf das gestrige Infirmität.

Lohnerhöhungen für Staatsforstarbeiter. Erneute Verhandlungen mit der preußischen Regierung haben zu Lohnerhöhungen für die Staatsforstarbeiter vom 10. September geführt. Es wurde für die in Schleswig-Holstein in Frage kommenden Gruppen für vollwertige Arbeiter über 24 Jahre ein Stundenlohn von 2 375 000 Mk. für die 4. Klasse und für die 2. Klasse ein solcher von 2 525 000 Mk. festgesetzt. Für Akkordarbeiten sind für die vom 10. September an geleisteten Arbeiten die Lohnsätze unter Zugrundelegung des vorstehenden Stundenlohnes des vollwertigen Arbeiters von 21 bis 24 Jahren neu zu vereinbaren.

Angültig werdende Freimarken. Alle Freimarken im Einzelwert von weniger als 100 Mark verlieren mit Ablauf des 30. September ihre Gültigkeit. In den Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Oktober 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Gesamtwert von 1000 Mk. vorgelegt werden. Auch bei höherem Gesamtwert wird ein Teilbetrag unter 1000 Mark nicht vergütet. Vorhandene mit teigedrucktem Wertstempel unter 100 Mk. (Postkarten, Kartenbriefe, Briefumschläge usw.) werden nicht eingelöst; sie können aufgebraucht werden, unter Umständen unter Durchstreichen des Wertstempels oder Ueberkleben mit gültigen Freimarken.

Müssen geschenkte Dollarnoten abgegeben werden? Bekanntlich kommen von jenseits des großen Wassers manche Dollarpennenden nach Deutschland, teils in Banknoten, teils in Schecks. Da mag manchem Besitzer solcher Noten oder Schecks die Frage aufgetaucht sein: Muß ich diese auf Grund der neuen Devisenordnung abliefern? Letztere sagt hierüber wörtlich: „Die Ablieferung von Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung kann ferner nicht gefordert werden, soweit Devisen von einer Person oder Personengemeinschaft, die ihren Wohnsitz oder Sitz im Ausland haben, als Unterhaltsbeitrag oder in Erfüllung einer natürlichen Pflicht oder einer auf den Bestand zu nehmenden Rücksicht zur Verfügung gestellt sind oder werden,

wenn sich der Betrag in angemessenen Grenzen hält und die Verabreichung ohne Entgelt erfolgt.“ Daraus ist also ersichtlich, daß ein Zwang zur Ablieferung solcher Noten und Schecks nicht besteht.

Von der Schifffahrt. Heute Donnerstag tritt der Dampfer „Derfllinger“ des Norddeutschen Lloyd seine 1. Reise nach Neuport an. Dieser allen Ueberseereisenden aus der Vorkriegszeit bekannte ehemalige Reichspostdampfer nach Ostasien wurde 1914 von den Engländern gelapert und zur Truppenbeförderung benutzt. Vor einem halben Jahr wurde dieses schnelle, reichlich 9000 T. große Schiff vom Norddeutschen Lloyd zurück erworben und einem sich über alle Teile erstreckenden Umbau unterzogen, so daß ein fast neues Schiff entstanden ist. An Stelle der früheren 1. und 2. Klasse ist die sogenannte Kajütenklasse getreten. Von der Geräuschigkeit der Anlagen bekommt man einen Begriff, wenn man hört, daß in dieser Einheitsklasse weniger Reisende befördert werden, als früher in der 1. und 2. Klasse zusammen. Besondere Sorgfalt ist auch der 3. Klasse und den Wohnräumen der Besatzung zugewandt. Das Schiff hat seine alte Zugkraft nicht verloren, denn sämtliche verfügbaren Plätze sind seit 10 Wochen vergriffen. Nähere Auskunft erteilen E. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein 19jähriger Mechaniker aus Stettin wegen Diebstahls von 610 Millionen Mark und einem englischen Pflanz. — In der Nacht zum 17. wurde in einen Lagerraum der Fackenburg Allee eingebrochen und Brot und Käse im Werte von 4 Milliarden Mark gestohlen. Ein Dreher aus der Sittenstraße konnte ermittelt und festgenommen werden, in dessen Besitz sich ein erheblicher Teil des Diebesgutes befand. — Seit Montag wird die Stütze Annemarie Charlotte Berlin, geb. am 28. 2. 1904 in Lübeck, vermißt. Die Vermißte, die blondes Haar und blaue Augen hat und 168 Zentimeter groß ist, trug bei ihrem Fortgange weißen Hut mit braunem Rand, blaues Sommerkleid und grauen Regenmantel. — Von der Weidewegg auf der Eichhorst an den Tramster-Stubben wurde eine tragende schwarzbunte 2½jährige Stute gestohlen. — Aus einer Arbeiterwohnung eines Landmannes in Teutendorf wurden drei Betten gestohlen. — Aus einem Hause der Lauerhoffstraße wurden verschleierte Gläser eingeworfen, wie Spargel, Fleisch und Boden, sowie ein Spaten und eine Zeltbahn gestohlen. — Aus einem Hause der Kronsforder-Allee wurden 5 Pfund gute Butter, 40 Feinbrote, 2 Käse, 1 Kübel Margarine, 1 Käsemesser, 12 Handtücher und eine Bettdecke gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung! Die Parteiabzeichen sind eingetroffen und können im Parteisekretariat, Johannisstr. 48 I entnommen werden.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag, 6 Uhr, Sitzung im Rathaus. Keiner darf fehlen.

Sozialdemokratischer Verein, 10. Distrikt, Freitag, 21. September, abends 7½ Uhr, im Polierweg, Schwartauer Allee: Distriktsversammlung. Vortrag des Gen. F. Meins.

Hantheater. Das Singpiel „Der Leibknecht des Friederichs Rex“ gelangt jeden Abend 7½ Uhr zur Aufführung.

Stadtheater. Herr Kapellmeister Mannhaedt wird am Sonntag, den 23. September um 11 Uhr vormittags im Stadtheater dem ersten seiner Vorträge über den Gefamtring und zwar diesmal über „Rheingold“, mit Erläuterungen am Klavier, halten. Eintrittskarten zu 4, 5, 6 Millionen sind von heute ab an der Theaterkasse zu haben. Um auch den außerhalb Lübecks wohnenden Theaterfreunden die Möglichkeit zu verschaffen, den gelamten Ring zu hören, plant die Intendanz, „Rheingold“, „Walküre“, „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ an Sonntagsabenden zu geben. Diesen Aufführungen wird jeweils am Vormittag um 11 Uhr im Stadtheater ein einleitender Vortrag von Kapellmeister Mannhaedt vorangehen. Die Sonntagsaufführung von „Rheingold“ findet schon am nächsten Sonntag, den 23. Sept. abends 8 Uhr statt. Für die „Rheingold“-Aufführungen am Freitag, den 21., Sonntag, den 23. und Dienstag, den 25. Sept. ist als Gast in der Rolle des Alberich Herr Kammerfänger Wilm Paul vom Opernhaus Hannover verpflichtet.

Angrenzende Gebiete.

M. Schönböden. Eine gut besuchte Parteiversammlung fand am Montag im „Restaurant Landhaus“ statt. Genosse Göhr-Lübeck hielt einen Vortrag über die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge der letzten Tage. Er betonte u. a., daß der Streit zwischen Italien und Griechenland leicht zu einem neuen Völkermorden führen könnte. Dann müßte es aber heiligste Pflicht der deutschen Regierung sein, aufzupassen, damit wir nicht wieder wie 1914 in den Strudel gerissen werden. Zur inneren Politik erklärte der Referent, der Ruhrkonflikt sei für uns verloren gewesen, nachdem festgestellt, daß die Kapitalisten nicht nur keine Opfer brähten, sondern ihren Schaden noch aus der Reichskasse ersetzt bekämen, die zur Beschaffung der Mittel die Notenpresse in Anspruch nehmen müßte. So stütze unsere Mark immer tiefer in den Abgrund. Weiter schilderte der Referent kurz die politische Lage Lübecks und das Verhalten der Bürgerschaftsfraktion. Zum Schluß forderte der Redner auf, vor allen Dingen unseren Organisationen die Mittel zu geben, die erforderlich sind zur Entfaltung unserer Ziele. Der rege Beifall zeugte von dem Einverständnis der Versammelten.

Bad Odesloe. Kreis-Konferenz. Am 16. September tagte in Odesloe eine Konferenz der BVPD für den Kreis Segeberg, die einen guten Besuch aufwies. Die Stimmung der Versammlung ließ erkennen, daß alle Anwesenden gewillt sind, im Interesse der Partei und des arbeitenden Volkes alles einzusetzen, daß die Agitation im Kreise gute Fortschritte macht. Alle kommunalpolitischen Fragen, so u. a. die Arbeiten in den Mietervereinsämtern, im Wohnungswesen usw., die von den Vermietern stark sabotiert werden, wurden eingehend erörtert, um sich darüber zu verständigen, wie eine Besserung möglich ist. Als Vorsitzender für den Kreis wurde der Genosse Tornöben (Raltenkirchen) gewählt.

Hamburg. Lohnbewegung der Hafnarbeiter. Am 17. September fanden vor dem Schlichtungsausschuß neue Verhandlungen über die Hafnarbeiterlöhne statt. Von den Hafnarbeitern wurde gefordert, daß die jeweilige Steigerung der Lebensmittelpreise auf den Lohn in der Verbrauchswoche umgelegt werden muß, entgegen dem bisherigen Verfahren, nach dem der Lohn am Montag auf Grund der Indexsteigerung errechnet, am Donnerstag erstmalig verdient und noch später ausgezahlt wird, so daß also die in der Verbrauchswoche eingetretene Teuerung gar nicht berücksichtigt werden kann. Der Hafnarbeiterverein erklärte, daß dem Antrag aus technischen Gründen nicht entgegen werden könne und zwar namentlich auf Grund der vielen unständig beschäftigten Arbeiter. Es wurde dann von Arbeitnehmerseite verlangt, daß die zu erwartende Teuerung durch Zuschlag einer Vorzahlung wenigstens einigermaßen ausgeglichen werde. Dielem Verlangen wurde bei der Fällung des nächste-

Table with 4 columns: Spiel Nr., Zeit, Kl., and Name. Lists various chess games and players.

Briefkasten.

E. D. Um die von Ihnen beantragte Wohnung wird ein Prozeß geführt. Näheres können Sie in der Beschlagsnahme-

Ist die Zeitung zu teuer?

Dieser Aufsatz hört manche unserer Leserinnen, hört mancher eifrige Werber auf der Arbeitsstelle aus Kollegen-

henden Schiedspruches im gewissen Sinne Rechnung getragen. Für die Zeit vom 20. bis einschließlich 26. September

Hamburg. Wegen Zurückhaltung von Waren ist gegen den Milchhändler Willi Kaiser in Buchholz eingeschritten worden.

Sport.

Gruppe Lübeck.

Infolge des Sternlaufs des Turnbezirks mußten einige Spiele am Sonntag verlegt werden, jedoch der Spielbetrieb nur ein geringer war.

Änderung der Lübeckischen Landesverfassung und Erlass eines Gesetzes über den Volksentscheid.

Der Senat unterbreitet der Bürgerschaft folgenden Bericht resp. Vorlagen:

In der Sitzung der Bürgerschaft am 20. August 1923, in der die hiesigen Vorkommnisse in den Tagen vom 9. bis 11. August

Die eingangs erwähnte Erklärung bedeutet inhaltlich die Entziehung des Vertrauens von Seiten der sozialdemokratischen

Der Senat sieht sich aus grundsätzlichen Bedenken angehalten, die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft

Der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft in der im Art. 14 Abs. 1 der Lübeckischen Verfassung vorgesehene Weg

stehend angesehen. Diese Auffassung, die der Senat nicht teilt, hat, wie der Bürgerschaft bekannt ist, dem Senate bereits im

Art. 68 Abs. 2) bestimmter Vorschriften über die Einleitung dieses Verfahrens. Der Senat hält hier eine Vereinfachung des Verfahrens

Art. 68 Abs. 2) bestimmter Vorschriften über die Einleitung dieses Verfahrens. Der Senat hält hier eine Vereinfachung des Verfahrens

Die Lübeckische Landesverfassung vom 23. Mai 1920 soll also wie folgt geändert werden:

Der Artikel 14 wird durch folgende Bestimmungen ersetzt: Artikel 14.

Die Mitglieder des Senates sind einzeln und in ihrer Gesamtheit von dem Vertrauen der Bürgerschaft abhängig und

Zum Ausscheiden aus dem Senate verpflichten ferner dieselben Gründe, aus denen das Recht zur Teilnahme an den

Tritt der gesamte Senat zurück, so hat er bis zur Wahl eines neuen Senates die Geschäfte weiterzuführen.

Die Ueberschrift „Volksentscheid“ über dem Artikel 67 fällt fort. Der Artikel 67 erhält folgende Fassung:

Artikel 67. Sowohl der Senat als die Bürgerschaft hat das Recht, gegenüber dem Spruch des Vertrauensauschusses innerhalb vierzehn

Die Anrufung des Volksentscheides durch die Bürgerschaft wird in der Weise eingeleitet, daß wenigstens zwanzig

Ein Volksentscheid findet statt: 1. wenn dem gesamten Senat das Vertrauen der Bürgerschaft entzogen ist,

Ein Volksentscheid findet statt: 1. wenn dem gesamten Senat das Vertrauen der Bürgerschaft entzogen ist,

Der Senat hat den Gegenstand des Volksentscheides und den Abstimmungstag zu veröffentlichen.

Die Abstimmung ist unmittelsbar und geheim. Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme.

Stimmberechtigt ist, wer am Tage der Abstimmung das Wahlrecht zur Bürgerschaft hat und in die fortzuführende Wählerliste

Der Stimmzettel darf nur auf Ja oder Nein lauten; Zusätze sind unzulässig.

Betrifft der Volksentscheid mehrere Fragen, so ist jede auf dem Stimmzettel einzeln mit Ja oder Nein zu beantworten.

Ungültig sind die Stimmzettel: 1. die keine Eintragung enthalten; 2. aus deren Inhalt der Wille des Abstimmenden nicht

Für die Abstimmung gelten ferner gemäß der Vorschriften des Bürgerstimmgesetzes vom 23. Mai 1920.

Die im Bürgerstimmgesetz enthaltenen Bestimmungen über die Stimmzettelmuster finden keine Anwendung.

Das Abstimmungsergebnis wird alsbald von einem Kommissar des Senats und dem Geschäftsvorstand der Bürgerschaft festgestellt.

Wird die ganze Abstimmung für ungültig erklärt, so findet innerhalb zweier Wochen nach dem Ungültigkeitsbeschlusse eine neue

Bei der Wiederholung der Abstimmung wird auf Grund desselben Stimmzettel wie bei der ersten Abstimmung abgestimmt.

Die Mehrheit der gültigen Stimmen entscheidet. Bei Stimmengleichheit bleibt es bei dem bestehenden Zustand.